

No. 32349

---

**AUSTRIA  
and  
YUGOSLAVIA**

**Treaty on reciprocal legal relations (with final protocol).  
Signed at Vienna on 16 December 1954**

*Authentic texts: German and Serbo-Croatian.*

*Registered by Austria on 27 November 1995.*

**Partial termination (*Note by the Secretariat*)**

---

**AUTRICHE  
et  
YOUgoslavie**

**Traité relatif aux rapports mutuels légaux (avec protocole  
final). Signé à Vienne le 16 décembre 1954**

*Textes authentiques : allemand et serbo-croate.*

*Enregistré par l'Autriche le 27 novembre 1995.*

**Abrogation partielle (*Note du Secrétariat*)**

## [GERMAN TEXT — TEXTE ALLEMAND]

## VERTRAG ZWISCHEN DER REPUBLIK ÖSTERREICH UND DER FÖDERATIVEN VOLKSREPUBLIK JUGOSLAWIEN ÜBER DEN WECHSELSEITIGEN RECHTLICHEN VERKEHR

Die Republik Österreich und die Föderative Volksrepublik Jugoslawien sind zur Regelung des wechselseitigen rechtlichen Verkehrs wie folgt übereingekommen.

### I. TEIL.

#### Rechtsschutz, Zustellung und Rechtshilfe in Zivilsachen.

##### Rechtsschutz.

##### Artikel 1.

Die Angehörigen des einen der vertragschließenden Staaten haben auf dem Gebiete des anderen vertragschließenden Staates freien Zutritt zu den Gerichten und können vor diesen unter den gleichen Bedingungen wie Inländer auftreten.

##### Artikel 2.

(1) Treten Angehörige eines der vertragschließenden Staaten, die in einem von ihnen ihren Wohnsitz oder ihre Niederlassung haben, in dem anderen vertragschließenden Staat als Kläger oder Intervenienten vor Gericht auf, so darf ihnen eine Sicherheitsleistung für Prozeßkosten oder ein vorschußweiser Erlag zur Deckung von Gerichtsgebühren nicht auferlegt werden.

(2) Vorschüsse für Vergütungen, die von einer Partei zu tragen sind, dürfen Angehörigen des anderen vertragschließenden Staates nur unter denselben Voraussetzungen und in demselben Ausmaße wie Inländern auferlegt werden.

##### Artikel 3.

(1) Rechtskräftige und vollstreckbare Entscheidungen der Gerichtsbehörden eines der vertragschließenden Staaten, durch die Kläger oder Intervenienten nach den im Staate des Prozeßgerichtes geltenden Rechtsvorschriften zum Ersatze der Prozeßkosten oder zur Zahlung von Gerichtsgebühren verpflichtet wurden, sind auf Antrag im Gebiete des anderen vertragschließenden Staates zu vollstrecken. Der Antrag ist hinsichtlich der Prozeßkosten von der obsiegenden Partei, hinsichtlich der Gerichtsgebühren vom Staate zu stellen und kann entweder unmittelbar beim zuständigen Gericht eingebracht oder auf dem für die Übermittlung von Rechtshilfeersuchen vorgesehenen Weg übersendet werden.

(2) Der Antragsteller hat vorzulegen: Eine Ausfertigung des Spruches der Entscheidung mit Bestätigung der Rechtskraft und der Vollstreckbarkeit sowie eine Übersetzung in die Sprache des Gerichtes, bei dem der Antrag eingebracht oder an das er übersendet wird. Die Richtigkeit der Übersetzung muß von einem Dolmetsch, der in einem der beiden vertragschließenden Staaten amtlich bestellt ist, bestätigt sein; eine Beglaubigung der Unterschrift des Dolmetschers ist nicht erforderlich.

(3) Die in Absatz 1 bezeichneten Entscheidungen der Gerichtsbehörden des anderen Staates sind wie inländische Entscheidungen mit der Maßgabe zu vollstrecken, daß eine vorherige Anhörung der Parteien nicht stattfindet und ihnen das Rechtsmittel des Rekurses vorbehalten bleiben muß.

##### Artikel 4.

Die Angehörigen eines der vertragschließenden Staaten werden vor den Gerichten des anderen vertragschließenden Staates zu den Begünstigungen, die im Hinblick auf Einkommens- und Vermögensverhältnisse gewährt werden (Armenrechte), unter denselben Voraussetzungen und in demselben Ausmaße wie Inländer zugelassen.

##### Artikel 5.

(1) Das Zeugnis zur Erlangung der in Artikel 4 bezeichneten Begünstigungen ist von den Behörden des gewöhnlichen Aufenthaltes des Antragstellers in einem der beiden vertragschließenden Staaten auszustellen.

(2) Hat der Antragsteller seinen gewöhnlichen Aufenthalt weder in dem einen noch in dem anderen vertragschließenden Staate, so genügt das Zeugnis des für den Ort seines gewöhnlichen Aufenthaltes zuständigen diplomatischen oder konsularischen Vertreters des Staates, dem er angehört.

##### Artikel 6.

(1) Die zur Ausstellung des in Artikel 5 Absatz 1 bezeichneten Zeugnisses zuständige Behörde kann bei den Behörden des anderen vertragschließenden Staates Auskünfte über die Einkommens- und Vermögensverhältnisse des Antragstellers einholen.

(2) Das Gericht, das über den Antrag auf Bewilligung der in Artikel 4 bezeichneten Begünsti-

gungen zu entscheiden hat, behält in den Grenzen seiner Amtsbefugnisse das Recht, die ihm vorgelegten Zeugnisse und Auskünfte einer Nachprüfung zu unterziehen.

#### Gemeinsame Bestimmungen für Zustellung und Rechtshilfe.

##### Artikel 7.

(1) Die vertragschließenden Staaten verpflichten sich, auf Ersuchen in Zivilprozessen und in Außerstreitsachen einschließlich von Fragen des Familienrechtes, der Vormundschaft und der Pflegschaft Zustellungen durchzuführen und einander Rechtshilfe zu leisten; dies gilt auch für den Fall, als für solche Angelegenheiten Verwaltungsbehörden zuständig sind.

(2) In den folgenden Bestimmungen dieses Teiles des Vertrages sind unter Gerichten auch Verwaltungsbehörden zu verstehen, soweit sie für im Absatz 1 angeführte Angelegenheiten zuständig sind.

##### Artikel 8.

Die österreichischen und die jugoslawischen Gerichte verkehren miteinander durch Vermittlung des Bundesministeriums für Justiz der Republik Österreich einerseits, der Staatssekretariate für Justizverwaltung der Volksrepubliken Serbien, Kroatien, Slowenien, Bosnien-Herzegowina, Mazedonien und Montenegro andererseits, soweit im folgenden nicht etwas anderes ausdrücklich bestimmt ist (Artikel 17 Absatz 2).

##### Artikel 9.

(1) Zustellungs- und Rechtshilfeersuchen sind in deutscher, serbo-kroatischer, slowenischer oder mazedonischer Sprache abzufassen. Sie sind mit dem Amtssiegel der ersuchenden Stelle zu versehen und bedürfen keiner Beglaubigung.

(2) Die in Erledigung der im Absatz 1 bezeichneten Ersuchen zu verfassenden Urkunden und sonstigen Schriftstücke sind in einer der im Absatz 1 bezeichneten Sprachen aufzunehmen.

##### Artikel 10.

Das Ersuchsschreiben hat den Gegenstand des Ersuchens und die Bezeichnung der Beteiligten nach Namen, Beruf, Wohn- oder Aufenthaltsort zu enthalten. Die Zustellungersuchen haben außerdem die Anschrift des Empfängers und die Art der zuzustellenden Schriftstücke zu bezeichnen, die Rechtshilfeersuchen die Umstände, über die ein Beweis erhoben werden soll, allenfalls auch die an die zu vernehmende Person zu richtenden Fragen.

##### Artikel 11.

Die Erledigung des Ersuchens erfolgt nach den Gesetzen des ersuchten Staates. Jedoch ist dem Antrage des ersuchenden Gerichtes, nach einer besonderen Form zu verfahren, zu entsprechen, so-

fern diese Form nicht gegen die Grundsätze der Gesetzgebung des ersuchten Staates verstößt.

##### Artikel 12.

(1) Ist das ersuchte Gericht unzuständig, so hat es das Ersuchen an das zuständige Gericht weiterzuleiten.

(2) Die Erledigung des Ersuchens kann nur abgelehnt werden, wenn der ersuchte Staat erachtet, daß durch die Erledigung des Ersuchens seine Hoheitsrechte oder seine Sicherheit gefährdet werden oder daß die Erledigung gegen die Grundsätze seiner Gesetzgebung verstößt.

##### Artikel 13.

In allen Fällen, in denen das Ersuchen nicht erledigt wird, ist das ersuchende Gericht hievon unverzüglich zu benachrichtigen, und zwar im Falle der Weiterleitung an ein anderes Gericht unter Bekanntgabe dieses Gerichtes, im Falle der Ablehnung unter Angabe des Grundes.

#### Zustellung.

##### Artikel 14.

(1) Die zuzustellenden Schriftstücke sind in der Sprache des ersuchten Gerichtes abzufassen oder mit einer Übersetzung in diese Sprache zu versehen. Die Übersetzung muß entweder amtlich hergestellt oder von einem Dolmetsch, der in einem der beiden vertragschließenden Staaten amtlich bestellt ist, als richtig bestätigt sein; eine Beglaubigung der Unterschrift des Dolmetschers ist nicht erforderlich.

(2) Ist das Schriftstück weder in der Sprache des ersuchten Gerichtes abgefaßt noch mit einer Übersetzung in diese Sprache (Absatz 1) versehen, so hat sich das ersuchte Gericht darauf zu beschränken, die Zustellung durch Übergabe des Schriftstückes an den Empfänger zu bewirken, wenn dieser zur Annahme bereit ist.

##### Artikel 15.

Der Nachweis der Zustellung erfolgt entweder durch einen Zustellausweis, der datiert, mit der Unterschrift des Zustellorgans und des Übernehmers sowie mit dem Gerichtssiegel versehen sein muß, oder durch ein Zeugnis des ersuchten Gerichtes, aus dem sich die Tatsache, die Form und die Zeit der Zustellung ergeben.

##### Artikel 16.

Die Gerichte der vertragschließenden Staaten können im Gebiete des anderen vertragschließenden Staates Schriftstücke durch die diplomatischen oder konsularischen Vertreter ihres Staates an Personen zustellen lassen, die weder dem Staate, in dem die Zustellung stattfinden soll, noch einem dritten Staate angehören. Hiebei dürfen Zwangsmaßnahmen weder angedroht noch angewendet werden.

**Rechtshilfe.****Artikel 17.**

(1) Die Gerichte, an die Rechtshilfeersuchen gerichtet sind, haben diesen zu entsprechen und dabei, wenn erforderlich, dieselben Zwangsmittel anzuwenden wie bei der Erledigung von Rechtshilfeersuchen der Gerichte des eigenen Staates. Zwangsmittel dürfen nicht angewendet werden, wenn es sich um das persönliche Erscheinen der Streitparteien handelt.

(2) Das ersuchende Gericht ist auf sein Verlangen rechtzeitig von Zeit und Ort der durchzuführenden Rechtshilfebehandlung zu benachrichtigen; diese Verständigung hat unmittelbar durch die Post zu erfolgen.

**Kosten der Zustellung und der Rechtshilfe.****Artikel 18.**

(1) Aus Anlaß der Erledigung von Zustellungs- und Rechtshilfeersuchen dürfen von dem ersuchenden Staate Gebühren und Kosten irgendwelcher Art nicht begehrt werden. Ausgenommen sind nur Vergütungen an Sachverständige.

(2) Die Durchführung eines Sachverständigenbeweises darf vom Erlag eines Vorschusses beim ersuchten Gerichte nur dann abhängig gemacht werden, wenn die Vergütung des Sachverständigen von einer Partei zu tragen ist.

**II. TEIL.****Strafsachen.****Zustellung und Rechtshilfe.****Artikel 19.**

Die vertragschließenden Staaten verpflichten sich, in Strafsachen auf Ersuchen Zustellungen durchzuführen und einander Rechtshilfe zu leisten.

**Artikel 20.**

Zustellungen werden nicht durchgeführt und Rechtshilfe wird nicht geleistet, wenn die den Gegenstand des Strafverfahrens bildende Handlung nach den Gesetzen des ersuchten Staates nicht gerichtlich strafbar ist oder eine politische, rein militärische oder fiskalische Straftat darstellt.

**Artikel 21.**

Die Durchführung von Zustellungen und die Leistung von Rechtshilfe kann abgelehnt werden,

1. wenn der ersuchte Staat erachtet, daß die Erledigung des Ersuchens geeignet ist, seine Hoheitsrechte oder seine Sicherheit zu gefährden, oder daß die Erledigung gegen die Grundsätze seiner Gesetzgebung verstößt;

2. wenn die beschuldigte Person Angehöriger des ersuchten Staates ist und sich nicht im Gebiete des ersuchenden Staates befindet.

**Artikel 22.**

Die Rechtshilfe umfaßt insbesondere die Durchführung von gerichtlichen Erhebungs-

und Untersuchungshandlungen, wie die Vernehmung von beschuldigten Personen, von Zeugen und Sachverständigen, den gerichtlichen Augenschein, die Durchsuchung, die Beschlagnahme von Gegenständen sowie die Übermittlung von Akten und Gegenständen, die auf ein Strafverfahren Bezug haben. Solche Akten und Gegenstände werden jedoch nur übermittelt, wenn sie sich im Gewahrsam der Behörden des ersuchten Staates befinden und nicht besondere Gründe entgegenstehen; sie sind so bald als möglich zurückzustellen.

**Artikel 23.**

(1) Eine Person, welcher Staatsangehörigkeit sie auch sein mag, die im Gebiete des einen der vertragschließenden Staaten eine Vorladung in einer gerichtlichen Straf- oder Zivilsache erhalten hat und darauf freiwillig vor den Gerichten des anderen vertragschließenden Staates als Zeuge oder Sachverständiger erscheint, darf dort wegen früherer Straftaten oder Verurteilungen oder als Mitschuldiger an der Straftat, die Gegenstand des Verfahrens ist, in dem sie als Zeuge oder Sachverständiger auftritt, nicht verfolgt oder verhaftet werden. Den Straftaten oder Verurteilungen sind von den Verwaltungsbehörden verfolgte strafbare Handlungen oder von ihnen erlassene Straferkenntnisse gleichgestellt.

(2) Die im Absatz 1 bezeichnete Person wird jedoch dieser Begünstigung verlustig, wenn sie das Gebiet des Staates, von dessen Gerichte sie vorgeladen wurde, nicht binnen fünf Tagen, nachdem ihre Anwesenheit bei Gericht nicht mehr notwendig ist, verläßt, obwohl sie dazu Gelegenheit hatte.

(3) In dem Ersuchen um Zustellung der Vorladung ist der Betrag anzuführen, der zur Deckung der Kosten der Reise und des Aufenthaltes ausgezahlt wird. Der vorgeladenen Person wird auf ihr Verlangen vom ersuchenden Staat ein Vorschuß zur Deckung der Kosten der Reise und des Aufenthaltes ausgefolgt.

**Artikel 24.**

(1) Befindet sich eine von den Gerichten des einen vertragschließenden Staates als Zeuge benötigte Person im Gebiete des anderen vertragschließenden Staates in Haft, so kann das Bundesministerium für Justiz der Republik Österreich und das Staatssekretariat für die Auswärtigen Angelegenheiten der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien um ihre zeitweilige Überstellung ersucht werden.

(2) Diesem Ersuchen ist zu entsprechen, wenn die betroffene Person zustimmt und nicht besondere Gründe entgegenstehen. Die Person ist sobald als möglich zurückzustellen. Die Bestimmung des Artikels 23 Absatz 1 ist sinngemäß anzuwenden.

#### Artikel 25.

Auf die Durchführung von Zustellungen und die Leistung von Rechtshilfe in Strafsachen finden die Bestimmungen der Artikel 8 bis 11, 12 Absatz 1, 13 bis 15 und 17 Absatz 1 sinn-gemäße Anwendung.

#### Strafnachrichten.

#### Artikel 26.

(1) Die vertragschließenden Staaten werden einander jeweils vierteljährlich im diplomatischen Wege Abschriften der Strafkarten über rechtskräftige verurteilende Erkenntnisse mitteilen, die sich auf Angehörige des anderen ver-tragschließenden Staates beziehen und nach den gel-tenden Vorschriften in das Strafregister einge-tragen werden.

(2) Ebenso werden sie einander die weiteren Entscheidungen und Verfügungen mitteilen, die sich auf derartige Erkenntnisse beziehen und in das Strafregister eingetragen werden.

(3) Auf Ersuchen werden die vertragschließenden Staaten einander überdies im Einzelfall Aus-züge aus den im Absatz 1 bezeichneten Erkennt-nissen übermitteln.

#### Artikel 27.

Auf Ersuchen werden die vertragschließenden Staaten einander im diplomatischen Wege Aus-künfte über Eintragungen im Strafregister erteilen,

1. die sich auf Angehörige des ersuchenden Staates beziehen;
2. die sich auf andere Personen beziehen, sofern gegen diese im ersuchenden Staat ein Strafverfahren anhängig ist und sie sich dort befinden.

#### Kosten.

#### Artikel 28.

(1) Die anlässlich der Durchführung von Zu-stellungen und der Leistung von Rechtshilfe in Strafsachen sowie der Auskunfterteilung ver-ursachten Kosten werden von dem ver-tragschließenden Staate getragen, in dessen Gebiet sie entstanden sind.

(2) Auslagen, die infolge eines Ersuchens um Durchführung eines Sachverständigenbeweises oder um zeitweilige Überstellung einer Person, die sich im Gebiete des ersuchten Staates in Haft befindet, entstanden sind, werden jedoch von dem ersuchenden Staate ersetzt.

### III. TEIL.

#### Nachlaßangelegenheiten.

#### Artikel 29.

(1) Die Angehörigen des einen vertragschlie-ßenden Staates können letztwillig oder durch Schenkung auf den Todesfall über das gesamte

Vermögen, das sie auf dem Gebiete des anderen vertragschließenden Staates besitzen, nach ihrem Heimatrecht oder nach dem Recht des anderen vertragschließenden Staates verfügen.

(2) Die Angehörigen des einen vertragschlie-ßenden Staates können im anderen ver-tragschließenden Staat auf Grund der gesetzlichen Erbfolge und des Pflichtteilsrechtes, auf Grund letztwilliger Verfügungen oder durch Schenkung auf den Todesfall Vermögensrechte unter den-selben Voraussetzungen und im gleichen Ausmaß erwerben wie die Angehörigen dieses Staates.

#### Artikel 30.

Die Abhandlung des unbeweglichen Nachlaß- vermögens und die Entscheidung über die dieses Vermögen betreffenden streitigen Erb-, Pflichtteils- und Vermächtnisansprüche stehen ausschließlich den Gerichten des vertragschließenden Staates zu, auf dessen Gebiete dieses Nachlaßvermögen ge-legen ist.

#### Artikel 31.

(1) Die Abhandlung und die Entscheidung über streitige Erb-, Pflichtteils- und Vermächtnis- ansprüche hinsichtlich der beweglichen Nachlässe von Angehörigen der vertragschließenden Staaten stehen, soweit im folgenden nichts anderes be- stimmt ist, den Gerichten des Heimatstaates des Erblassers zu. Die Gerichtsbarkeit des anderen ver-tragschließenden Staates ist jedoch in den Fällen nicht ausgeschlossen, in welchen die im Absatz 2 vorgesehene Vollstreckung nicht mehr möglich ist.

(2) Die vertragschließenden Staaten verpflichten sich, die über den Nachlaß und über streitige Erb-, Pflichtteils- und Vermächtnisansprüche von den Gerichten des Heimatstaates des Erblassers getroffenen Verfügungen und Entscheidungen, so- weit sie sich auf den in ihrem Gebiete befindlichen beweglichen Nachlaß eines Angehörigen des an- deren Staates beziehen, anzuerkennen und hin- sichtlich dieses Nachlasses zu vollstrecken, wenn nicht

1. aus dem folgenden sich etwas anderes ergibt oder
2. ein Verstoß gegen die Grundsätze der Ge- setzgebung des Staates, in dem sich der Nachlaß befindet, vorliegt.

(3) Hinsichtlich der bei Anträgen auf Voll- streckung (Absatz 2) vorzulegenden Aktenstücke sind die Bestimmungen des Artikels 3 Absatz 2 sinngemäß anzuwenden; bei Streitsachen ist je- doch eine Ausfertigung der Entscheidung samt Entscheidungsgründen vorzulegen.

(4) Zwecks Durchführung der Abhandlung im Sinne des Absatzes 1 werden die Gerichte der ver-tragschließenden Staaten auf Ersuchen den Heimatbehörden des Erblassers die beweglichen körperlichen Nachlaßsachen ausfolgen, soweit nicht

1. im folgenden etwas anderes bestimmt ist oder
2. Ausfuhrverbote oder devisa-rechtliche Bestimmungen entgegenstehen.

#### Artikel 32.

Das Gericht des vertragschließenden Staates, auf dessen Gebiet ein Angehöriger des anderen vertragschließenden Staates gestorben ist, ist verpflichtet, eine beglaubigte Abschrift der Totfallsaufnahme der Konsularbehörde des Heimatstaates des Verstorbenen zu übersenden.

#### Artikel 33.

(1) Befindet sich in einem vertragschließenden Staate beweglicher Nachlaß eines Angehörigen des anderen vertragschließenden Staates, so hat das Gericht oder die sonst zuständige Behörde auf Antrag oder von Amts wegen die zur Sicherung und zweckmäßigen Verwaltung des Nachlaßvermögens, zur Vermeidung seiner Verringerung oder eines anderen drohenden Nachteiles notwendigen Verfügungen zu treffen. Insbesondere ist in diesen Fällen ein Verzeichnis des gesamten beweglichen Nachlaßvermögens, das sich auf diesem Gebiete befindet, zu verfassen und nach den Umständen des Falles entweder das Vermögen unter Siegel zu legen oder seine Hinterlegung an einem sicheren Ort anzuordnen oder eine zuverlässige Person zum Kurator des Nachlasses zu stellen.

(2) Die im Absatz 1 angeführten Verfügungen werden vom Gericht oder von der Behörde nach den hiefür im eigenen Staate geltenden Vorschriften getroffen. Auf Ersuchen des anderen Staates sind sie jedoch auch in einer besonderen Form durchzuführen, sofern diese nicht gegen die Grundsätze der Gesetzgebung des ersuchten Staates verstößt.

(3) Hat an dem Orte, wo sich das bewegliche Nachlaßvermögen befindet, eine Konsularbehörde des Heimatstaates des Verstorbenen ihren Sitz, so dürfen die im Absatz 1 angeführten Verfügungen nur getroffen werden, wenn die Konsularbehörde hievon rechtzeitig verständigt wurde; diese hat das Recht, an den Amtshandlungen teilzunehmen und Anträge zu stellen.

(4) In den übrigen Fällen ist die Konsularbehörde unverzüglich von allen Verfügungen zu verständigen, die zur Sicherung und Verwaltung des Nachlaßvermögens angeordnet wurden. Diese Verfügungen können unbeschadet der Rechte dritter Personen auf Antrag der Konsularbehörde geändert oder aufgehoben werden.

#### Artikel 34.

(1) Auf Antrag von Erben, Pflichtteilsberechtigten oder Vermächtnisnehmern, die Angehörige des vertragschließenden Staates sind, in dem sich Nachlaßvermögen befindet, oder die sich auf dessen Gebiet aufhalten, ist das Gericht berechtigt,

das ganze Nachlaßvermögen oder einen hinreichenden Teil hiervon zurückzubehalten, bis über den Erb-, Pflichtteils- oder Vermächtnisanspruch von dem zuständigen Gerichte des Heimatstaates des Erblassers rechtskräftig entschieden ist.

(2) Die gleichen Verfügungen kann das Gericht auf Antrag von Gläubigern treffen, die Angehörige des vertragschließenden Staates sind, auf dessen Gebiete sich Nachlaßvermögen befindet, oder die sich auf dessen Gebiet aufhalten, sofern ihre Ansprüche angemeldet und nötigenfalls geltend gemacht werden.

#### Artikel 35.

(1) Zur Stellung der im Artikel 34 angeführten Anträge ist mittels Edikt eine Frist von drei bis sechs Monaten festzusetzen, während welcher die Ansprüche der oben erwähnten Personen angemeldet und nötigenfalls geltend gemacht werden müssen. Wurden sie innerhalb dieser Frist nicht angemeldet oder geltend gemacht, so kann die Ausfolgung des beweglichen Nachlaßvermögens nicht mit Berufung auf die Bestimmungen des Artikels 34 verweigert werden.

(2) Eine Ausfertigung des Ediktes ist der Konsularbehörde des Heimatstaates des Verstorbenen zu übersenden.

#### Artikel 36.

(1) Wenn der Erblasser, der Angehöriger des einen vertragschließenden Staates war, seinen letzten Wohnsitz im Gebiete des anderen vertragschließenden Staates gehabt hat, können Erben oder Pflichtteilsberechtigte, die im Gebiete dieses Staates wohnen, innerhalb der gemäß Artikel 35 Absatz 1 festgesetzten Frist die Abhandlung des dort befindlichen beweglichen Nachlasses durch die Gerichte dieses Staates beantragen. Dem Antrag ist Folge zu geben, wenn weder ein Erbe noch ein Pflichtteilsberechtigter oder ein Vermächtnisnehmer innerhalb einer vom Gericht mit einem bis drei Monaten festzusetzenden Frist nach gehöriger Verständigung dagegen Einspruch erhebt. In einem solchen Falle sind die Gerichte dieses Staates auch zur Entscheidung über streitige Erb-, Pflichtteils- und Vermächtnisansprüche zuständig.

(2) Ist gemäß Absatz 1 der bewegliche Nachlaß von den Gerichten des Staates abzuhandeln, in dem er sich befindet, so sind die erbrechtlichen Bestimmungen des Heimatstaates des Erblassers sowohl bei der Abhandlung als auch bei der Entscheidung über streitige Erb-, Pflichtteils- und Vermächtnisansprüche anzuwenden.

#### Artikel 37.

(1) Sterben Angehörige des einen vertragschließenden Staates während einer Reise im Gebiete des anderen vertragschließenden Staates, so sollen, wenn sie dort weder einen Wohnsitz noch

ihren gewöhnlichen Aufenthalt gehabt haben, die von ihnen mitgeführten Gegenstände ohne weiteres der Konsularbehörde ihres Staates übergeben werden.

(2) Die Konsularbehörde, der diese Gegenstände übergeben worden sind, wird damit nach den Vorschriften ihres Staates verfahren, nachdem sie die von dem Verstorbenen während des Aufenthaltes in dem Lande gemachten Schulden geregelt hat.

#### Artikel 38.

In streitigen und nichtstreitigen Nachlassangelegenheiten, die im Gebiet eines der vertragsschließenden Staaten durchgeführt werden, ist die Konsularbehörde des anderen Staates berechtigt, ihre Staatsangehörigen zu vertreten, sofern sie abwesend sind und keinen anderen Bevollmächtigten ernannt haben; innerstaatliche Bestimmungen über den Anwaltszwang bleiben unberührt.

#### Artikel 39.

Was als bewegliches Vermögen anzusehen ist, richtet sich nach den Vorschriften des Staates, in dem sich dieses Vermögen befindet.

#### Artikel 40.

(1) Insoweit zwischen den beiden vertragsschließenden Staaten ein Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Abgaben von Todes wegen nicht abgeschlossen ist, behält sich jeder der vertragsschließenden Staaten vor, vor Ausfolgung des beweglichen Nachlasses an die Behörden des anderen vertragsschließenden Staates alle Abgaben einzuheben, die den Erwerb von Todes wegen nach seinen Gesetzen belasten.

(2) Die in den vertragsschließenden Staaten bestehenden Vorschriften über die Sicherung und Einhebung der von Todes wegen zu entrichtenden Abgaben bleiben unberührt.

### IV. TEIL.

#### Beglaubigung und Urkunden.

##### Beglaubigung.

#### Artikel 41.

Von einem Gericht, einer Behörde oder einem öffentlichen Notar eines der vertragsschließenden Staaten verfaßte oder aufgenommene öffentliche Urkunden bedürfen zum Gebrauche vor den Gerichten und den Behörden des anderen vertragsschließenden Staates keiner Beglaubigung, wenn sie mit dem Amtssiegel oder Amtsstempel versehen sind.

#### Artikel 42.

Von einem Gericht, einer zuständigen Behörde oder einem öffentlichen Notar eines der vertragsschließenden Staaten beglaubigte Privaturkunden bedürfen zum Gebrauche vor den Gerichten und den Behörden des anderen vertragsschließenden Staates keiner weiteren Beglaubigung.

#### Austausch von Personenstandsunterlagen.

##### Artikel 43.

(1) Die beiden vertragsschließenden Staaten tauschen abgaben- und kostenfrei Personenstandsunterlagen aus.

(2) Wird die Geburt, die Eheschließung oder der Tod von Angehörigen eines vertragsschließenden Staates von einer Behörde des anderen vertragsschließenden Staates beurkundet, so ist der zuständigen Konsularbehörde des Heimatstaates eine Geburts-, Heirats- oder Sterbeurkunde zu übersenden.

(3) Die Sterbeurkunden werden alsbald, die übrigen Urkunden gesammelt vierteljährlich übermittelt.

#### Ausstellung von Personenstandsunterlagen.

##### Artikel 44.

(1) Die beiden vertragsschließenden Staaten verpflichten sich, einander Personenstandsunterlagen abgaben- und kostenfrei auszustellen und zu übermitteln, wenn das Ersuchen darum in einem hinreichend bezeichneten öffentlichen Interesse gestellt wird.

(2) Diese Ersuchen werden im diplomatischen oder konsularischen Wege an die zuständigen Behörden gerichtet.

(3) Durch das Ersuchen um eine Ausfertigung einer Personenstandsurkunde oder durch die Ausstellung einer solchen wird der Frage der Staatsangehörigkeit nicht vorgegriffen.

##### Artikel 45.

Unter Personenstandsunterlagen im Sinne des Artikels 44 sind Geburtsurkunden, Urkunden über die Eintragung einer Totgeburt, Heiratsurkunden und Sterbeurkunden zu verstehen.

#### Ehefähigkeitszeugnisse.

##### Artikel 46.

Die Bescheinigung der Zuständigkeit bestimmter innerer Behörden der vertragsschließenden Staaten zur Ausstellung von Ehefähigkeitszeugnissen entfällt im Verhältnis zwischen den beiden vertragsschließenden Staaten.

### V. TEIL.

#### Rechtsauskünfte.

##### Artikel 47.

Das Bundeskanzleramt, Auswärtige Angelegenheiten, der Republik Österreich und das Staatssekretariat für die Auswärtigen Angelegenheiten der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien werden einander auf Ersuchen den Wortlaut der in ihrem Staatsgebiet in Kraft stehenden oder in Kraft gestandenen Rechtsvorschriften bekanntgeben und gegebenenfalls Auskünfte über bestimmte Rechtsfragen erteilen.

## VI. TEIL.

## Schlußbestimmungen.

## Artikel 48.

Dieser Vertrag wird ratifiziert, die Ratifikationsurkunden werden in Beograd ausgetauscht werden.

## Artikel 49.

(1) Dieser Vertrag tritt 30 Tage nach dem Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft.

(2) Der Vertrag ist für die Dauer von 5 Jahren abgeschlossen und bleibt weiter in Kraft, sofern

nicht einer der vertragschließenden Staaten 6 Monate vor Ablauf eines Vertragsjahres dem anderen vertragschließenden Staat mitteilt, daß er den Vertrag aufkündige.

Zu Urkund dessen haben die Bevollmächtigten der beiden vertragschließenden Staaten dieses Abkommen unterzeichnet und mit ihren Siegeln versehen.

Ausgefertigt in Wien, am 16. Dezember 1954 in doppelter Urschrift in deutscher und serbokroatischer Sprache, wobei beide Texte authentisch sind.

Für die Republik  
Österreich:

Dr. LUDWIG VIKTOR HELLER

Dr. STEPHAN VEROSTA

Für die Föderative Volksrepublik  
Jugoslawien:

Dr. MILAN BARTOŠ

FEODOR BAZALA



## SCHLUSSPROTOKOLL

Bei der Fertigung des heute zwischen der Republik Österreich und der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien abgeschlossenen Vertrages über den wechselseitigen rechtlichen Verkehr besteht Einverständnis über folgende Punkte:

- a) Unter „Gerichte“ im Sinne dieses Vertrages sind auch die in der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien bestehenden Wirtschaftsgerichte zu verstehen.
- b) Unter „Sprache des ersuchten Gerichtes“ im Sinne dieses Vertrages ist für das ganze Gebiet der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien die serbo-kroatische, die slowenische oder die mazedonische Sprache, für das Gebiet der Republik Österreich die deutsche Sprache zu verstehen.
- c) In der Republik Österreich sind öffentliche Personenstandsurkunden auch die von den zuständigen konfessionellen Organen der gesetzlich anerkannten Kirchen und Religionsgesellschaften ausgestellten Urkunden über Personenstandsfälle, die vor dem 1. Jänner 1939 eingetreten sind.

In der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien sind öffentliche Personenstandsurkunden auch die von Organen der Religionsgemeinschaften vor dem 9. Mai 1946 ausgestellten Auszüge aus ihren Matrikelbüchern, die nach früheren Vorschriften in Gebieten geführt wurden, in denen keine staatlichen Matrikelbücher bestanden.

Die beiden vertragschließenden Staaten werden Verzeichnisse der vorstehend erwähnten Kirchen und Religionsgesellschaften in der Republik Österreich und Religionsgemeinschaften in der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien binnen drei Monaten vom Tage des Inkrafttretens dieses Vertrages austauschen.

Ausgefertigt in Wien, am 16. Dezember 1954 in doppelter Urschrift in deutscher und serbo-kroatischer Sprache, wobei beide Texte authentisch sind.

Für die Republik  
Österreich:

Dr. LUDWIG VIKTOR HELLER

Dr. STEPHAN VEROSTA

Für die Föderative Volksrepublik  
Jugoslawien:

Dr. MILAN BARTOŠ

FEODOR BAZALA

## [SERBO-CROATIAN TEXT — TEXTE SERBO-CROATE]

## UGOVOR IZMEDJU FEDERATIVNE NARODNE REPUBLIKE JUGOSLAVIJE I REPUBLIKE AUSTRIJE O UZAJAMNOM PRAVNOM SAOBRAČAJU

Federativna Narodna Republika Jugoslavija i Republika Austrija, u cilju uredjenja uzajamnog pravnog saobraćaja, sporazumele su se u sledećem:

## DEO PRVI.

Pravna zaštita, dostavljanje i pravna pomoć u građanskim stvarima.

## Pravna zaštita.

## Član 1.

Državljeni jedne Države Ugovornice imaju na teritoriji druge Države Ugovornice slobodan pristup sudovima i mogu se pred ovima pojavljivati pod istim uslovima kao i sopstveni državljani.

## Član 2.

(1) Ako državljani jedne Države Ugovornice koji imaju prebivalište ili poslovno sedište u jednoj od Država Ugovornica, istupaju kao tužioc ili umešači pred sudom druge Države Ugovornice, ne sme se od njih tražiti obezbeđenje parničnih troškova ni polaganje predujma sudskih taksa.

(2) Predujam za troškove koje ima da snosi stranka može se zahtevati od državljana druge Države Ugovornice pod istim uslovima i u istom obimu kao i od sopstvenih državljana.

## Član 3.

(1) Pravosnažne i izvršne odluke sudova jedne Države Ugovornice, kojima je na osnovu važećih propisa države parničnog suda određeno da tužioc ili umešači naknade parnične troškove ili plate sudske takse, izvršiće se na zahtev na teritoriji druge Države Ugovornice. Zahtev za naknadu parničnih troškova treba da stavi stranka kojoj su troškovi dosudjeni, a zahtev za naplatu sudskih taksa država; ovaj zahtev može se podneti neposredno nadležnom sudu ili se može uputiti na način predviđen za upućivanje zamolnica.

(2) Podnosilac zahteva treba da priloži: overeni prepis izreke odluke sa potvrdom o pravosnažnosti i izvršnosti, kao i prevod toga na jeziku suda kome se zahtev podnosi ili upućuje. Tačnost prevoda treba da potvrdi tumač koji je

službeno postavljen u jednoj od Država Ugovornica; overa potpisa tumača nije potrebna.

(3) Odluke navedene u stavu 1 koje je doneo sud druge države izvršiće se kao i sopstvene odluke, s tim da se stranke neće prethodno saslušavati, ali im ostaje pridržano pravo žalbe.

## Član 4.

Državljeni jedne Države Ugovornice uživaju pred sudovima druge Države Ugovornice, pod istim uslovima i u istom obimu kao i sopstveni državljani, pogodnosti koje se priznaju s obzirom na prihode i imovno stanje (siromaško pravo).

## Član 5.

(1) Uverenje potrebno za sticanje pogodnosti navedenih u članu 4 izdavaće državni organi one Države Ugovornice u kojoj predlagač ima uobičajeno boravište.

(2) Ako predlagač nema uobičajenog boravišta ni u jednoj od Država Ugovornica, dovoljno je uverenje diplomatskog ili konzularnog predstavnika države čiji je on državljanin, nadležnog po mestu njegovog uobičajenog boravišta.

## Član 6.

(1) Državni organ nadležan za izdavanje uverenja navedenog u članu 5 stav 1 može tražiti od državnih organa druge Države Ugovornice obaveštenja o prihodima i imovnom stanju predlagača.

(2) Sud koji odlučuje po molbi za priznavanje pogodnosti navedenih u članu 4 zadržava pravo da u granicama svojih ovlašćenja proveri podneta uverenja i obaveštenja.

Zajedničke odredbe o dostavljanju i pravnoj pomoći.

## Član 7.

(1) Države Ugovornice obavezuju se da će po molbi vršiti dostavljanje i međusobno ukazivati pravnu pomoć u parničnim i vanparničnim stvarima, uključujući i pitanja porodičnog prava i starateljstva; ovo važi i za slučaj kad su u tim stvarima nadležni upravni organi.

(2) U sledećim odredbama ovog dela Ugovora imaju se pod sudovima razumevati i upravni organi ukoliko su nadležni za stvari navedene u stavu 1.

#### Član 8.

Jugoslovenski i austrijski sudovi opšte međusobno s jedne strane preko državnih sekretarijata za pravosudnu upravu narodnih republika Srbije, Hrvatske, Slovenije, Bosne i Hercegovine, Makedonije i Crne Gore, a s druge strane preko Saveznog ministarstva pravde Republike Austrije, ukoliko ovim Ugovorom nije izričito drukčije određeno (član 17 stav 2).

#### Član 9.

(1) Zamolnice za dostavljanje i pravnu pomoć sastavljaju se na srpsko-hrvatskom, slovenačkom, makedonskom ili nemačkom jeziku. One moraju biti snabdevene službenim pečatom organa od kojeg potiču i nije potrebno njihovo overavanje.

(2) Isprave i druga pismena koja se sastavljaju pri rešavanju zamolnica navedenih u stavu 1 moraju se napisati na jednom od jezika navedenih u stavu 1.

#### Član 10.

Zamolnica treba da sadrži predmet molbe i označenje stranaka po imenu, zanimanju i mestu prebivališta ili boravišta. U zamolnici za dostavljanje mora se osim toga označiti adresa primaoca i vrsta pismena koje treba dostaviti, a u zamolnici za pravnu pomoć okolnosti u pogledu kojih treba provesti dokaz, a po potrebi i pitanja koja se imaju postaviti licu koje treba saslušati.

#### Član 11.

Udovoljenje zamolnicama vrši se po zakonu zamoljene države. Međutim, zahtevu suda od kojeg potiče zamolnica, da se postupi po nekoj naročitoj formi, udovoljiće se ukoliko se to ne protivi osnovnim načelima zakonodavstva zamoljene države.

#### Član 12.

(1) Ako je zamoljeni sud nenadležan, uputiće zamolnicu nadležnom sudu.

(2) Udovoljenje zamolnice može se odbiti samo ako zamoljena država smatra da se udovoljenjem zamolnici ugrožavaju njena suverena prava ili njena sigurnost, ili da je udovoljenje u protivnosti sa osnovnim načelima njenog zakonodavstva.

#### Član 13.

U svim slučajevima u kojima nije udovoljeno zamolnici obavestiće se o tome bez odlaganja

sud od kojeg potiče zamolnica, i to u slučaju upućivanja drugom sudu uz naznaku tog suda, a u slučaju odbijanja uz navodjenje razloga.

#### Dostavljanje.

#### Član 14.

(1) Pismena koja treba dostaviti moraju se sastaviti na jeziku zamoljenog suda ili se mora uz njih priložiti prevod na taj jezik. Prevod treba da bude ili služben ili potvrđen kao ispravan od strane tumača koji je službeno postavljen u jednoj od Država Ugovornica; overa potpisa tumača nije potrebna.

(2) Ako pismeno nije sastavljeno na jeziku zamoljenog suda niti je priložen prevod na taj jezik (stav 1), zamoljeni sud ograničiće se na to da izvrši dostavu predajom pismena primaocu ako je ovaj voljan da ga primi.

#### Član 15.

Dostavljanje se dokazuje ili dostavnicom, na kojoj treba da bude datum, potpisi dostavljača i lica koje je preuzelo pismeno, kao i pečat suda, ili uverenjem zamoljenog suda iz kojeg proizlaze činjenica, forma i vreme dostavljanja.

#### Član 16.

Sudovi Država Ugovornica mogu na teritoriji druge Države Ugovornice dostavljati pismena preko diplomatskih ili konzularnih predstavnika svoje države licima koja ne pripadaju ni državi u kojoj treba izvršiti dostavu niti kojoj trećoj državi. Pri tome se ne smeju primenjivati prinudna sredstva niti se sme njima pretiti.

#### Pravna pomoć.

#### Član 17.

(1) Sudovi kojima su upućene zamolnice za pravnu pomoć udovoljiće ovima i pri tome će, po potrebi, primeniti ista prinudna sredstva kao i pri udovoljenju zamolnicama za pravnu pomoć sudova sopstvene države. Prinudna sredstva neće se primenjivati ako se radi o ličnom dolasku parničnih stranaka.

(2) Sud od kojeg potiče zamolnica biće na njegov zahtev pravovremeno obavešten o vremenu i mestu izvršenja tražene radnje; ovo obaveštavanje vršiće sudovi neposredno preko pošte.

#### Troškovi dostavljanja i pravne pomoći.

#### Član 18.

(1) Povodom udovoljenja zamolnicama za dostavljanje i pravnu pomoć ne smeju se od države od koje potiče zamolnica zahtevati ni-

kakve takse niti troškovi. Od toga se izuzimaju samo naknade veštacima.

(2) Sprovođenje veštačenja može se učiniti zavisnim od polaganja predujma kod zamoljenog suda samo ako naknadu veštaku treba da snosi stranka.

#### DEO DRUGI.

##### Krivične stvari.

##### Dostavljanje i pravna pomoć.

###### Član 19.

Države Ugovornice obavezuju se da će u krivičnim stvarima po molbi vršiti dostavljanje i medjusobno ukazivati pravnu pomoć.

###### Član 20.

Dostavljanje se neće vršiti niti će se ukazivati pravna pomoć ako delo, koje je predmet krivičnog postupka, prema zakonima zamoljene države nije sudski kažnjivo ili ako ono predstavlja političko, čisto vojno ili fiskalno krivično delo.

###### Član 21.

Izvršenje dostavljanja i pružanje pravne pomoći može se odbiti:

1. ako zamoljena država smatra da je udovoljenje zamolnici podobno da ugrozi njena suverena prava ili njenu sigurnost, ili da je udovoljenje u protivnosti sa osnovnim načelima njenog zakonodavstva;

2. ako je okrivljeni državljanin zamoljene države i ne nalazi se na teritoriji države od koje potiče zamolnica.

###### Član 22.

Pravna pomoć obuhvata naročito izvršenje sudskih izvidjajnih i istražnih radnji, kao što su ispitivanje okrivljenog, saslušavanje svedoka i veštaka, sudski uvidjaj, pretres, oduzimanje predmeta i predavanje akata i predmeta koji se odnose na određeni krivični postupak. Medjutim, ovi akti i predmeti predavaće se samo ako se nalaze na čuvanju kod organa zamoljene države i ako se tome ne protive posebni razlozi; njih treba vratiti što je moguće pre.

###### Član 23.

(1) Ako neko lice, ma čijeg državljanstva ono bilo, primi na teritoriji jedne Države Ugovornice poziv u nekoj sudskoj krivičnoj ili građanskoj stvari i na ovaj se dobrovoljno pojavi pred sudom druge Države Ugovornice kao svedok ili veštak, ne sme se tamo goniti ili lišiti slobode zbog ranijih krivičnih dela ili osuda, ili kao saokrivljeni u krivičnom delu koje je predmet postupka u kojem se to lice saslušava kao svedok ili veštak. Sa krivičnim delima i osudama izjednačuju se kažnjive radnje i rešenja o kažnjavanju

zbog kojih vode postupak upravni organi odnosno koje su ovi doneli.

(2) Medjutim, lice navedeno u stavu 1 gubi ovu pogodnost ako, ma da je za to imalo priliku, ne napusti teritoriju države od čijeg suda je pozvano u roku od pet dana pošto je prestala potreba njegovog prisustva u sudu.

(3) U zamolnici za dostavljanje poziva treba navesti iznos koji će se isplatiti za pokriće troškova putovanja i boravka. Država od koje potiče zamolnica daće pozvanom licu, na njegovu traženje, predujam za pokriće troškova putovanja i boravka.

###### Član 24.

(1) Ako je lice koje sud jedne Države Ugovornice traži kao svedoka ili veštaka lišeno slobode na teritoriji druge Države Ugovornice, može se za njegovu privremenu predaju zamoliti Državni sekretarijat za inostrane poslove Federativne Narodne Republike Jugoslavije odnosno Savezno ministarstvo pravde Republike Austrije.

(2) Ovoj molbi udovoljiće se ako takvo lice na to pristaje i ako se tome ne protive posebni razlozi. Takvo lice treba da bude vraćeno što je moguće pre. Pri tome će se primeniti shodno odredba člana 23 stav 1.

###### Član 25.

Na izvršenje dostavljanja i pružanje pravne pomoći u krivičnim stvarima primenjuju se shodno odredbe članova 8 do 11, 12 stav 1, 13 do 15 i 17 stav 1.

##### Obaveštavanja o kaznama.

###### Član 26.

(1) Države Ugovornice saopštavaće medjusobno diplomatskim putem četvrtgodišnje prepise kaznenih listova o pravosnažnim osudjujućim presudama koje se odnose na državljane druge Države Ugovornice i koje se po važećim propisima upisuju u kazneni registar.

(2) Isto tako Države Ugovornice saopštavaće jedna drugoj i docnije odluke i rešenja koja se odnose na takve presude i unose se u kazneni registar.

(3) Osim toga, Države Ugovornice dostavljaće jedna drugoj po molbi u pojedinačnom slučaju izvode iz presuda navedenih u stavu 1.

###### Član 27.

Države Ugovornice davaće jedna drugoj po molbi diplomatskim putem obaveštenja o upisima u kazneni registar:

1. koja se odnose na državljane države koja moli takva obaveštenja;

2. koja se odnose na druga lica, ako se protiv ovih u državi koja moli obaveštenje vodi krivični postupak, a ta lica se nalaze u toj državi.

#### Troškovi.

##### Član 28.

(1) Troškove prouzrokovane izvršenjem dostavljanja i pružanjem pravne pomoći u krivičnim stvarima kao i davanjem obaveštenja nosiće ona Država Ugovornica na čijoj su teritoriji nastali.

(2) Međutim, troškove koji su nastali povodom zamolnice za sprovođenje dokaza veštačenjem ili za privremeno upućivanje lica koje je lišeno slobode na teritoriji zamoljene države, naknadiće država od koje potiče zamolnica.

#### DEO TREĆI.

#### Zaostavštine.

##### Član 29.

(1) Državljeni jedne Države Ugovornice mogu, prema pravu te države ili prema pravu druge Države Ugovornice, izjavom poslednje volje ili darovanjem za slučaj smrti raspolagati celokupnom svojom imovinom koja se nalazi na teritoriji druge Države Ugovornice.

(2) Državljeni jedne Države Ugovornice mogu, na osnovu zakonskog naslednog prava ili prava na nužni deo, ili na osnovu izjave poslednje volje ili darovanja za slučaj smrti, sticati u drugoj Državi Ugovornici imovinska prava pod istim uslovima i u jednakom obimu kao i državljani te države.

##### Član 30.

Za raspravljanje o nepokretnim stvarima iz zaostavštine i za rešavanje spornih zahteva na nasledstvo, nužni deo ili legat koji se na te stvari odnose isključivo su nadležni sudovi one Države Ugovornice na čijoj se teritoriji te stvari nalaze.

##### Član 31.

(1) Za raspravljanje o pokretnim stvarima iz zaostavštine državljana Država Ugovornica kao i za rešavanje spornih zahteva na nasledstvo, nužni deo ili legat koji se na te stvari odnose nadležni su sudovi države kojoj pripada ostavilac ukoliko u ovom Ugovoru nije drukčije određeno. Međutim, nadležnost sudova druge Države Ugovornice ne isključuje se u slučajevima u kojima izvršenje predviđeno u stavu 2 nije više moguće.

(2) Svaka Država Ugovornica obavezuje se da će priznavati i izvršavati odluke o nasledju i

spornim zahtevima na nasledstvo, nužni deo i legat koje donesu sudovi države kojoj pripada ostavilac, ukoliko se te odluke odnose na pokretnu zaostavštinu koja se nalazi na njenoj teritoriji, a radi se o zaostavštini državljana druge Države Ugovornice, i to:

1. ako iz sledećih odredaba ne proizlazi što drugo, ili

2. ako se te odluke ne protive osnovnim načelima zakonodavstva države u kojoj se zaostavština nalazi.

(3) U pogledu pismena koja treba priložiti uz predlog za izvršenje primenjivaće se shodno odredbe člana 3 stav 2; međutim, u parničnim stvarima treba priložiti overen prepis odluke zajedno sa obrazloženjem.

(4) Sudovi Država Ugovornica predavaće radi sprovođenja rasprave zaostavštine u smislu stava 1, na molbu organa države kojoj je pripadao ostavilac, pokretne telesne stvari iz njegove zaostavštine, ukoliko

1. u sledećim odredbama nije drukčije određeno, odnosno

2. ukoliko se tome ne protive zabrane izvoza ili deviznopravni propisi.

##### Član 32.

Sud Države Ugovornice na čijoj teritoriji je umro državljanin druge Države Ugovornice dužan je da dostavi overen prepis smrtovnice konzularnom organu države čiji je državljanin bio umrli.

##### Član 33.

(1) Ako se u jednoj Državi Ugovornici nalazi pokretna zaostavština državljana druge Države Ugovornice, sud ili drugi nadležni državni organ preduzeće, na predlog ili po službenoj dužnosti, mere koje su potrebne za obezbeđenje i celishodno upravljanje zaostavštinom, kao i za sprečavanje njenog smanjenja ili kakve druge preteće štete. Naročito se u ovim slučajevima mora sastaviti popis svih pokretnih stvari iz zaostavštine koje se nalaze na toj teritoriji i, prema okolnostima slučaja, staviti tu imovinu pod pečat, ili odrediti njeno polaganje na sigurno mesto, ili postaviti pouzdano lice za staraoca te zaostavštine.

(2) Sud ili državni organ preduzeće mere navedene u stavu 1 po propisima koji za te mere važe u njihovoj sopstvenoj državi. Međutim, te mere sprovedeće se, po molbi druge države, i u nekoj naročitoj formi ako ova nije u protivnosti sa osnovnim načelima zakonodavstva zamoljene države.

(3) Ako je u mestu gde se nalazi pokretna zaostavština sedište konzularnog organa države čiji je državljanin bio umrli, onda se mere nave-

dene u stavu 1 mogu preduzeti samo ako je konzularni organ bio o tome blagovremeno obavješten; konzularni organ ima pravo da učestvuje kod preduzimanja službenih radnji i da stavlja predloge.

(4) U ostalim slučajevima treba konzularni organ bez odlaganja izvestiti o svim merama koje su određene radi obezbeđenja i upravljanja zaostavštinom. Ove se mere mogu, bez štete po prava trećih lica, na predlog konzularnog organa izmeniti ili ukinuti.

#### Član 34.

(1) Na predlog naslednika, ili lica koja imaju pravo na nužni deo ili legatara, koji su državljani Države Ugovornice u kojoj se nalazi zaostavština ili koji borave na njenoj teritoriji, može sud da zadrži celu zaostavštinu ili dovoljan deo iste, dok nadležni sud države čiji je državljanin bio ostavilac pravosnažno ne odluči o zahtevu na nasledstvo, nužni deo ili legat.

(2) Iste mere može sud preduzeti i na predlog poverilaca koji su državljani Države Ugovornice na čijoj teritoriji se nalazi zaostavština, ili koji na toj teritoriji borave, ako svoja potraživanja prijave i, po potrebi, pokrenu postupak za njihovo priznanje.

#### Član 35.

(1) Radi stavljanja predloga navedenih u članu 34 određuje se oglasom rok od tri do šest meseci u kome se zahtevi gore pomenutih lica moraju prijaviti i, po potrebi, pokrenuti postupak za njihovo priznanje. Ako se ti zahtevi u ovom roku ne prijave, odnosno ako se ne pokrene postupak za njihovo priznanje, ne može se odbiti predaja pokretne zaostavštine pozivanjem na odredbe člana 34.

(2) Overen prepis oglasa mora se poslati konzularnom organu države čiji je državljanin bio umrli.

#### Član 36.

(1) Ako je ostavilac koji je bio državljanin jedne Države Ugovornice imao poslednje prebivalište na teritoriji druge Države Ugovornice, mogu naslednici ili lica koja imaju pravo na nužni deo, ako stanuju na teritoriji te druge države, predložiti u roku utvrđenom po članu 35 stav 1 da sud te države sprovede raspravu pokretne zaostavštine koja se nalazi u toj državi. Ovom predlogu udovoljiće se ako tome ne prigovori koji naslednik, lice ovlašćeno na nužni deo ili legatar, po izvršenom propisnom saopštenju, u roku od jedan do tri meseca koji će pobježe odrediti sud. U takvom slučaju sudovi te države nadležni su i za rešavanje spornih zahteva na nasledstvo, nužni deo ili legat.

(2) Ako u smislu stava 1 treba da o pokretnoj zaostavštini raspravlja sud države u kojoj se ta zaostavština nalazi, primenjivaće se odredbe naslednog prava države čiji je državljanin bio ostavilac, i to kako kod rasprave zaostavštine, tako i pri rešavanju spornih zahteva na nasledstvo, nužni deo ili legat.

#### Član 37.

(1) Ako državljanin jedne Države Ugovornice umre za vreme putovanja na teritoriji druge Države Ugovornice, a tamo nema prebivališta ni uobičajenog boravišta, onda će se stvari, koje je nosio sa sobom, bez ikakvih formalnosti predati konzularnom organu njegove države.

(2) Konzularni organ kome su te stvari predate postupaće s njima po propisima svoje države, pošto bude regulisao dugove koje je umrli napravio za vreme boravka u državi u kojoj je umro.

#### Član 38.

U parničnim i vanparničnim stvarima zaostavština po kojima se raspravlja na teritoriji jedne Države Ugovornice konzularni organ druge Države Ugovornice je ovlašćen da zastupa njene državljane ako su ovi odsutni i nisu odredili punomoćnika; time se ne dira u odredbe o obaveznom zastupanju putem advokata.

#### Član 39.

Što se ima smatrati kao pokretna imovina, određuje se po propisima države u kojoj se nalazi ta imovina.

#### Član 40.

(1) Dok se između obe Države Ugovornice ne zaključi sporazum radi izbegavanja dvostrukog oporezivanja u oblasti pristojbi na sticanje imovine za slučaj smrti, svaka Država Ugovornica pridržava sebi pravo da, pre predaje pokretne zaostavštine organima druge Države Ugovornice, naplaćuje sve pristojbe kojima po njenim zakonima podležu sticanja za slučaj smrti.

(2) Propisi koji postoje u Državama Ugovornicama o obezbeđenju i naplaćivanju pristojbi za slučaj smrti ne menjaju se.

### DEO ČETVRTI.

#### Overavanje i isprave.

##### Overavanje.

#### Član 41.

Javne isprave koje je sastavio ili izdao sud, državni organ ili javni beležnik u jednoj Državi Ugovornici, ako su snabdevene službenim žigom ili pečatom, nije potrebno overavati radi upotrebe pred sudovima i državnim organima druge Države Ugovornice.

## Član 42.

Za privatne isprave koje je overio sud, nadležni državni organ ili javni beležnik jedne Države Ugovornice nije potrebna dalja overa za njihovu upotrebu pred sudovima i državnim organima druge Države Ugovornice.

## Razmena isprava o ličnom stanju.

## Član 43.

(1) Obe Države Ugovornice dostavljaju međusobno, bez pristojbi i troškova, isprave o ličnom stanju.

(2) Ako državni organ jedne Države Ugovornice upiše u matične knjige rođenje, sklapanje braka ili smrt državljanina druge Države Ugovornice, dostaviće konsularnom organu države o čijem se državljanu radi izvod iz matične knjige rođenih, venčanih odnosno umrlih.

(3) Izvodi iz matičnih knjiga umrlih dostavljajuće se odmah, a ostali izvodi skupno svakog četvrtgodišta.

## Izdavanje isprava o ličnom stanju.

## Član 44.

(1) Obe Države Ugovornice obavezuju se da će jedna drugoj izdavati i dostavljati isprave o ličnom stanju bez pristojbi i troškova, ako budu za to zamoljene u javnom interesu koji je dovoljno označen.

(2) Ovakve molbe upućuju se diplomatskim ili konzularnim putem nadležnom državnom organu.

(3) Molbom za izdavanje isprave o ličnom stanju kao ni izdavanjem takvih isprava ne prejudicira se pitanje državljanstva.

## Član 45.

Pod ispravama o ličnom stanju u smislu člana 44 razumevaju se izvodi iz matičnih knjiga rođenih, isprave o upisu rođenja mrtvog deteta, izvodi iz matičnih knjiga venčanih i izvodi iz matičnih knjiga umrlih.

## Uverenja o sposobnosti za stupanje u brak.

## Član 46.

U međusobnom odnosu Država Ugovornica neće se tražiti potvrda o nadležnosti određenih unutrašnjih državnih organa u inostranstvu za izdavanje uverenja o sposobnosti za stupanje u brak.

## DEO PETI.

## Obaveštavanja o pravnim propisima.

## Član 47.

Državni sekretarijat za inostrane poslove Federativne Narodne Republike Jugoslavije i Ured Saveznog Kancelara, Inostrani poslovi, Republike Austrije davaće jedan drugome na molbu tekst propisa koji važe ili su važili na području njihove države, a po potrebi i obaveštenja o određenim pravnim pitanjima.

## DEO ŠESTI.

## Završne odredbe.

## Član 48.

Ovaj Ugovor biće ratifikovan, a ratifikacioni instrumenti izmeniče se u Beogradu.

## Član 49.

(1) Ovaj Ugovor stupa na snagu trideset dana pošto budu izmenjeni ratifikacioni instrumenti.

(2) Ugovor se zaključuje za vreme od pet godina i ostaje dalje na snazi dok jedna Država Ugovornica šest meseci pre isteka ugovorne godine ne saopšti drugoj Državi Ugovornici da Ugovor otkazuje.

U potvrdu ovoga potpisali su punomoćnici obe Države Ugovornice ovaj Ugovor i snabdeli ga svojim pečatima.

Sačinjeno u Beču na dan 16 decembra 1954 godine u dva originala na srpsko-hrvatskom i nemačkom jeziku, s tim da su oba teksta autentična.

Za Federativnu Narodnu Republiku  
Jugoslaviju:

Dr. MILAN BARTOŠ

FEODOR BAZALA

Za Republiku

Austriju:

Dr. LUDWIG VIKTOR HELLER

Dr. STEPHAN VEROSTA

## ZAVRŠNI PROTOKOL

Prilikom izrade Ugovora o uzajamnom pravnom saobraćaju, koji je danas zaključen između Federativne Narodne Republike Jugoslavije i Republike Austrije, postoji saglasnost u sledećim tačkama:

- a) pod „sudovima“ u smislu ovog Ugovora podrazumevaju se i privredni sudovi koji postoje u Federativnoj Narodnoj Republici Jugoslaviji;
- b) pod „jezikom zamoljenog suda“ u smislu ovog Ugovora podrazumeva se, za celu teritoriju Federativne Narodne Republike Jugoslavije srpsko-hrvatski, slovenački ili makedonski jezik, a za teritoriju Republike Austrije nemački jezik;
- c) u Federativnoj Narodnoj Republici Jugoslaviji javne isprave o ličnom stanju jesu i izvodi izdati od organa verskih zajednica iz matičnih knjiga tih zajednica, koje su vodjene po ranijim propisima na područ-

jima gde nisu postojale državne matične knjige, ako su ti izvodi izdati pre 9 maja 1946.

U Republici Austriji javne isprave o ličnom stanju jesu i isprave koje izdaju nadležni konfesionalni organi zakonom priznatih crkvi i verskih udruženja za slučajeve ličnog stanja koji su nastupili pre 1 januara 1939.

Obe Države Ugovornice dostaviće jedna drugoj popise verskih zajednica u Federativnoj Narodnoj Republici Jugoslaviji i crkvi i verskih udruženja u Republici Austriji, o kojima je gore reč, u roku od tri meseca od dana stupanja na snagu ovog Ugovora.

Sačinjeno u Beču na dan 16 decembra 1954 godine u dva originala na srpsko-hrvatskom i nemačkom jeziku, s tim da su oba teksta autentična.

Za Federativnu Narodnu Republiku  
Jugoslaviju:

Dr. MILAN BARTOŠ  
FEODOR BAZALA

Za Republiku  
Austriju:

Dr. LUDWIG VIKTOR HELLER  
Dr. STEPHAN VEROSTA



## [TRANSLATION — TRADUCTION]

TREATY<sup>1</sup> BETWEEN THE REPUBLIC OF AUSTRIA AND THE FEDERAL PEOPLE'S REPUBLIC OF YUGOSLAVIA ON RECIPROCAL LEGAL RELATIONS

The Republic of Austria and the Federal People's Republic of Yugoslavia, with a view to regulating their reciprocal legal relations, have agreed as follows:

## PART I

PROTECTION OF THE LAW, SERVICE OF DOCUMENTS  
AND LEGAL ASSISTANCE IN CIVIL MATTERS*Article 1*

## PROTECTION OF THE LAW

Nationals of a Contracting State shall, in the territory of the other Contracting State, have free access to the courts and may appear before them under the same conditions as nationals of that other State.

*Article 2*

(1) Nationals of a Contracting State having their place of residence or business in one State and appearing as plaintiffs or interveners before a court in the other Contracting State shall not be required to deposit security for legal costs or pay advances to cover court fees.

(2) Advances for remuneration to be borne by one party may only be required of nationals of the other Contracting State under the same conditions and to the same extent as they are required of a State's own nationals.

*Article 3*

(1) Final and enforceable decisions of the judicial authorities of a Contracting State requiring plaintiffs or interveners to reimburse legal costs or pay court fees according to the laws in force in the State of the trial court shall, upon application, be executed in the territory of the other Contracting State. The application shall be made, in the case of legal costs, by the prevailing party, and, in the case of court fees, by the State, and may be lodged directly with the competent court or transmitted through the channel stipulated for the transmittal of requests for legal assistance.

(2) The applicant shall produce a copy of the operative part of the decision with certification of its finality and enforceability and a translation into the language

<sup>1</sup> Came into force on 12 December 1995, i.e., 30 days after the exchange of the instruments of ratification, which took place at Belgrade on 12 November 1995, in accordance with article 49 (1).

of the court with which the application will be lodged or to which it will be transmitted. The accuracy of the translation must be certified by a translator officially employed in one of the Contracting States; authentication of the translator's signature shall not be required.

(3) The decisions referred to in paragraph 1 of the judicial authorities of the other Contracting State shall be enforced on the same basis as decisions of a State's own court, on the understanding that there will be no prior hearing of the parties and that they shall retain their right of appeal.

#### *Article 4*

Nationals of a Contracting State shall enjoy before the courts of the other Contracting State the same benefits based on income and financial status (legal aid) as are accorded under the same conditions and to the same extent to nationals of that other State.

#### *Article 5*

(1) The certificate necessary for obtaining the benefits referred to in article 4 shall be issued by the authorities of the petitioner's habitual residence in one of the Contracting States.

(2) If the petitioner's habitual residence is in neither Contracting State, the certificate may be issued by the diplomatic or consular representative of the State of which he is a national with competence for his place of habitual residence.

#### *Article 6*

(1) The authority competent to issue the certificate referred to in article 5, paragraph 1, may obtain information concerning the petitioner's income and financial status from the authorities of the other Contracting State.

(2) The court which is to rule concerning the petition for the granting of the benefits referred to in article 4 shall have the right, within the limits of its official competence, to verify the authenticity of the certificates and information submitted to it.

#### *Article 7*

### COMMON PROVISIONS CONCERNING SERVICE OF DOCUMENTS AND LEGAL ASSISTANCE

(1) The Contracting States undertake to serve documents and render one another legal assistance on request in civil matters and in non-contentious cases, including matters of family law, guardianship and trusteeship; the same shall apply in cases where the administrative authorities are competent in such matters.

(2) In the following provisions of this part of the Treaty, the term courts shall be understood to include administrative authorities, to the extent that the latter are competent in the matters referred to in paragraph 1.

*Article 8*

The Austrian and Yugoslav courts shall, except as otherwise provided hereinbelow (article 17, paragraph 2), communicate with one another through the Federal Ministry of Justice of the Republic of Austria on the one hand and the State Secretariat for the Administration of Justice of the People's Republics of Serbia, Croatia, Slovenia, Bosnia-Herzegovina, Macedonia and Montenegro on the other.

*Article 9*

(1) Requests for service of documents and legal assistance shall be written in the German, Serbo-Croat, Slovenian or Macedonian languages. They shall bear the official seal of the requesting party and shall not require authentication.

(2) Documents and other papers to be prepared in execution of the request shall be written in one of the languages referred to in paragraph 1.

*Article 10*

The request shall indicate the subject matter of the request and the name, occupation, domicile or residence of the parties concerned. Requests for the service of documents shall also indicate the address of the recipient and the nature of the documents to be served; requests for legal assistance shall indicate the circumstances concerning which evidence is to be obtained and, where necessary, the questions to be put to the person who is to give evidence.

*Article 11*

Requests shall be executed in accordance with the law of the requested State. However, a petition from the requesting court for a particular method of service shall be complied with, provided that such method is not incompatible with the law of the requested State.

*Article 12*

(1) Where the requested court is not competent, it shall refer the request to the competent court.

(2) Execution of the request may only be refused if the requested State considers that such execution would prejudice its sovereignty or security or violate the principles of its law.

*Article 13*

The requesting court shall be notified without delay of all cases in which a request has not been executed; if the request has been referred to another court, notice shall include the name of that court; if it has been rejected, notice shall include a statement of the grounds.

*Article 14*

## SERVICE OF DOCUMENTS

(1) Documents to be served shall be written in the language of the requested court or accompanied by a translation into that language. Such translation shall either have been done officially or shall be certified as accurate by a translator officially employed in one of the Contracting States; authentication of the translator's signature shall not be required.

(2) If the document is neither written in the language of the requested court nor accompanied by a translation into that language (paragraph 1), the requested court shall limit itself to effecting service of the document through delivery to the recipient if the latter is willing to accept it.

*Article 15*

Proof of service shall consist of a dated receipt bearing the signatures of the process server and the recipient and also the court seal, or a certificate of the requested court indicating the fact, manner and time of service.

*Article 16*

The courts of a Contracting State may arrange for documents to be served in the territory of the other Contracting State by the diplomatic or consular representatives of their own State on persons who are neither nationals of the State in which service is to be effected nor nationals of a third-State. The threat or use of coercive measures shall not be permitted.

*Article 17*

## LEGAL ASSISTANCE

(1) The courts to which requests for legal assistance are directed shall comply therewith and shall, where necessary, apply the same coercive measures as they would in carrying out requests for legal assistance from the courts of their own State. Coercive measures may not be applied in connection with the appearance in person of a party to a dispute.

(2) The requesting court shall, at its request, be notified in good time of the time and place of the legal assistance procedure to be carried out; such notification shall be sent directly by post.

*Article 18*

## COSTS OF SERVICE OF DOCUMENTS AND OF LEGAL ASSISTANCE

(1) The requesting State shall not be asked to pay any of the expenses and costs incurred in the execution of requests for service of documents and legal assistance, except with regard to experts' fees.

(2) The taking of expert testimony may only be made dependent on the deposit of an advance with the requested court if experts' fees are to be borne by one party alone.

## PART II

### CRIMINAL MATTERS

#### *Article 19*

##### SERVICE OF DOCUMENTS AND LEGAL ASSISTANCE

The Contracting States undertake to effect the service of documents and afford one another legal assistance on request in criminal matters.

#### *Article 20*

No documents shall be served or legal assistance afforded if the act which is the subject of the criminal proceedings is not punishable by a court of law under the laws of the requested State or is a political, purely military or tax-related offence.

#### *Article 21*

Service of documents or legal assistance may be refused:

- (1) If the requested State considers that execution of the request might prejudice its sovereignty or security or violate the principles of its law;
- (2) If the accused is a national of the requested State and is not present in the territory of the requesting State.

#### *Article 22*

Legal assistance covers in particular the conduct of judicial investigations or inquiries, such as the questioning of accused persons, witnesses and experts, judicial inspection, searches, seizure of property and the transmittal of documents and objects relating to a criminal proceeding. Such documents and objects shall, however, be transmitted only if they are in the keeping of the authorities of the requested State and if there are no specific grounds for refusal; they shall be returned at the earliest possible opportunity.

#### *Article 23*

(1) A person of any nationality who has been served with a summons in the territory of a Contracting State in a criminal or civil proceeding and voluntarily appears as a witness or expert before the courts of the other Contracting State may not be prosecuted or detained in such State for prior criminal offences or convictions or as an accomplice to the offence which is the subject of the proceeding in which he appears as a witness or expert. Criminal acts prosecuted or criminal pen-

alties imposed by the administrative authorities shall be treated as equivalent to criminal offences and convictions.

(2) A person referred to in paragraph 1 shall, however, cease to have immunity, if, within five days after the date on which his presence is no longer required by the court, that person, having had the opportunity, has not left the territory of the State by whose court he was summoned.

(3) The request for service of the summons shall indicate the amount to be paid to cover travel and subsistence expenses. An advance to cover travel and subsistence expenses shall, upon application from the requesting State, be paid to the recipient of the summons.

#### Article 24

(1) If a person required as a witness by the courts of a Contracting State is being held in custody in the territory of the other Contracting State, a request for his temporary transfer may be made to the Federal Ministry of Justice in the case of the Republic of Austria and the State Secretariat of Foreign Affairs in the case of the Federal People's Republic of Yugoslavia.

(2) Such a request shall be complied with, provided the person in question consents and there are no specific reasons against it. Such person shall be returned at the earliest opportunity. The provisions of article 23, paragraph 1, shall apply *mutatis mutandis*.

#### Article 25

The provisions of articles 8 to 11, 12, paragraph 1, 13 to 15 and 17, paragraph 1, shall apply *mutatis mutandis* to the service of documents and the rendering of legal assistance in criminal matters.

#### Article 26

##### INFORMATION ON CRIMINAL MATTERS

(1) The Contracting States shall transmit to one another quarterly through the diplomatic channel transcripts from criminal records relating to final sentences handed down against nationals of the other Contracting State and entered in the register of convictions in accordance with the laws in force.

(2) They shall also report to one another any subsequent decisions and court orders that relate to such sentences and have been entered in the register of convictions.

(3) The Contracting States shall also transmit on request, on an *ad hoc* basis, extracts from the sentences referred to in paragraph 1.

#### Article 27

The Contracting States shall on request exchange information through the diplomatic channel concerning entries in the register of convictions pertaining to:

(1) Nationals of the requesting State;

(2) Other persons, if criminal proceedings are pending against them in the requesting State and they are present in that State.

### *Article 28*

#### COSTS

(1) Costs incurred in connection with the service of documents, the rendering of legal assistance in criminal matters and the reporting of information shall be borne by the Contracting State in whose territory they have been incurred.

(2) However, expenses incurred as a result of a request for the taking of expert testimony or the temporary transfer of a person in custody in the territory of the requested State shall be borne by the requesting State.

### PART III

#### MATTERS OF SUCCESSION

### *Article 29*

(1) Nationals of a Contracting State may dispose of all the property they own in the other Contracting State by testamentary disposition or gift in contemplation of death, in accordance with the law of their State of nationality or the law of the other Contracting State.

(2) Nationals of a Contracting State may acquire property rights in the other Contracting State by virtue of interstate succession, the right to a statutory portion, testamentary disposition or gift in contemplation of death under the same conditions and to the same extent as nationals of that other State.

### *Article 30*

The courts competent to conduct succession proceedings with respect to immovable property and to rule on disputed claims to an inheritance, a statutory portion or a legacy relating to such property shall be solely the courts of the Contracting State in whose territory such property is situated.

### *Article 31*

(1) The courts competent to conduct proceedings and rule on disputed claims to an inheritance, a statutory portion or a legacy relating to movable property left by nationals of the Contracting States, shall, except as otherwise provided hereinbelow, be the courts of the State of nationality of the deceased. The jurisdiction of the other Contracting State shall not, however, be excluded, where enforcement as provided for under paragraph 2 is no longer possible.

(2) The Contracting States undertake to recognize orders and decisions handed down by the courts of the State of nationality of the deceased concerning the estate and disputed claims to an inheritance, a statutory portion or a legacy, when

such orders and decisions relate to movable property located in their own territory belonging to the estate of a national of the other State, and to enforce them insofar as the estate property is concerned, unless:

1. Otherwise provided hereinbelow;
2. The principles of law of the State in which the estate property is located would be violated thereby.

(3) The provisions of article 3, paragraph 2, concerning the documents to be submitted with applications for enforcement (paragraph 2) shall apply *mutatis mutandis*; in disputed cases, however, a copy of the decision including the statement of grounds shall also be produced.

(4) For the purposes of the proceedings referred to in paragraph 1, the courts of the Contracting States shall, on request, hand over to the authorities of the State of nationality of the deceased the movable tangible assets of the estate, unless:

1. Otherwise provided hereinbelow;
2. Export bans or currency regulations prohibit it.

#### Article 32

The court of the Contracting State in whose territory a national of the other Contracting State has died shall be obliged to transmit to the consular authorities of the State of nationality of the deceased a certified copy of the death certificate.

#### Article 33

(1) If movable property belonging to the estate of a national of a Contracting State is located in the other Contracting State, the court or other competent authority shall, upon application or *ex officio*, order such measures as are necessary to ensure the protection and proper administration of the estate property and avoid any diminution or other potential loss. In particular, a list shall be drawn up in such cases of all the movable estate property located in that territory and, according to the circumstances of each case, the property shall either be sealed or deposited in a secure place or a trustworthy person shall be appointed as curator of the estate.

(2) The measures referred to in paragraph 1 shall be taken by the court or the authorities in accordance with the regulations in force in their State. At the request of the other State, however, they may be implemented in a particular way, provided that it does not violate the principles of law of the requested State.

(3) If the consular authorities of the State of nationality of the deceased have an office in the place in which the movable property of the estate is located, the measures referred to in paragraph 1 may only be taken if such consular authorities are notified thereof in good time; the latter shall have the right to participate in the official proceedings and to make applications.

(4) In all other cases, the consular authorities shall be informed without delay of all measures that have been ordered to ensure the protection and administration



of the estate property. Such measures may, without prejudice to the rights of third parties, be amended or revoked, on the application of the consular authorities.

*Article 34*

(1) Upon application from heirs, persons entitled to a statutory portion or legatees who are nationals of the Contracting State in which the estate property is located or who are resident in its territory, the court shall have the right to sequester all or a sufficient portion of the estate property until a final decision has been handed down by the competent court of the State of nationality of the deceased, with regard to claims to an inheritance, a statutory portion or a legacy.

(2) The court may order the same such measures upon application from creditors who are nationals of the Contracting State in whose territory the estate property is located or who are resident therein, provided their claims have been filed and, if necessary, made the subject of legal action.

*Article 35*

(1) For the submission of the applications referred to in article 34, a time limit of three to six months shall be set by edict, during which period the claims of the above-mentioned persons must have been filed and, if necessary, made the subject of legal action. If they have not been filed or made the subject of legal action within such time limit, delivery of movable property may not be refused on the basis of the provisions of article 34.

(2) A copy of the edict shall be sent to the consular authorities of the State of nationality of the deceased.

*Article 36*

(1) If the deceased was a national of one Contracting State and was most recently domiciled in the other Contracting State, the heirs or persons entitled to a statutory portion living in the territory of that other State may, within the time limit stipulated in article 35, paragraph 1, petition for proceedings to be conducted with respect to movable estate property located therein by the courts of that State. Such petition shall be granted, if no heir, person entitled to a statutory portion or legatee, having been duly notified, has, within a time limit established by the court of one to three months, filed an objection. In such case, the courts of that State shall also be competent to rule on disputed claims to an inheritance, a statutory portion or a legacy.

(2) If the movable estate property referred to in paragraph 1 is to be dealt with by the courts of the State in which it is located, the laws of succession of the State of nationality of the deceased shall apply both to the proceeding and to the ruling on disputed claims to an inheritance, statutory portion or legacy.

*Article 37*

(1) If nationals of a Contracting State die while on a journey in the territory of the other Contracting State, and if they were neither domiciled nor had their habitual

residence in such State, the articles found in their possession shall automatically be handed over to the consular authorities of their own State.

(2) The consular authorities to whom such articles have been delivered shall ensure that any debts contracted by the deceased during his stay in that country are settled in accordance with the laws of their State.

#### *Article 38*

In contentious and non-contentious succession proceedings conducted in the territory of a Contracting State, the consular authorities of the other State shall have the right to represent their nationals, if such nationals are absent and have not appointed any other authorized representative; domestic provisions concerning the obligation to be represented before a court by a lawyer shall remain unaffected.

#### *Article 39*

What is to be regarded as movable property shall be determined according to the regulations of the State in which the property is located.

#### *Article 40*

(1) As long as no agreement has been concluded between the Contracting States on the avoidance of double taxation in the area of estate taxes, each Contracting State reserves the right to collect all estate taxes that may be owed according to its laws before handing over the movable property belonging to the estate to the authorities of the other Contracting State.

(2) Existing regulations in the Contracting States concerning the securing and collection of estate taxes remain unaffected.

### PART IV

#### AUTHENTICATION AND DOCUMENTS

#### *Article 41*

##### AUTHENTICATION

Public documents drawn up or recorded by a court, authority or public notary of either Contracting State, shall not require authentication for use by the courts and authorities of the other Contracting State, provided the documents bear an official stamp or seal.

#### *Article 42*

Private documents authenticated by the courts, competent authorities or a public notary of either Contracting State shall not require any further authentication for use by the courts and authorities of the other Contracting State.

*Article 43*

## EXCHANGE OF CIVIL REGISTRATION DOCUMENTS

(1) Both Contracting States undertake to send each other civil registration documents free of taxes and charges.

(2) If an authority of one Contracting State has registered the birth, marriage or death of a national of the other Contracting State, a birth, marriage or death certificate shall be sent to the competent diplomatic authority of the State of nationality.

(3) Death certificates shall be sent immediately; the other certificates shall be collected and transmitted quarterly.

*Article 44*

## ISSUANCE OF CIVIL REGISTRATION DOCUMENTS

(1) The Contracting States undertake to issue and transmit to one another civil registration documents free of taxes and charges, if the request is made for a sufficiently identified reason of public interest.

(2) Such requests shall be directed to the competent authorities through the diplomatic or consular channels.

(3) A request for a copy or the issuance of a civil registration document shall not prejudice the question of nationality.

*Article 45*

Birth certificates, documents relating to the recording of a stillbirth, marriage certificates and death certificates shall be included under civil registration documents within the meaning of article 44.

*Article 46*

## CERTIFICATES OF CAPACITY TO CONTRACT MARRIAGE

Certification of the competence of particular domestic authorities of the Contracting States to issue certificates of capacity to contract marriage shall be waived by agreement between the Contracting States.

## PART V

## LEGAL INFORMATION

*Article 47*

The Federal Ministry of Foreign Affairs of the Republic of Austria and the State Secretariat of Foreign Affairs of the Federal People's Republic of Yugoslavia shall transmit to one another, on request, the texts of legal provisions in force or formerly

in force in the territory of their respective States, together with information concerning specific questions of law.

PART VI

FINAL PROVISIONS

*Article 48*

This Treaty is subject to ratification. The instruments of ratification shall be exchanged at Belgrade.

*Article 49*

(1) This Treaty shall enter into force 30 days after the exchange of the instruments of ratification.

(2) The Treaty is concluded for a period of five years and shall remain in force thereafter unless one of the Contracting States gives notice to the other six months before the expiry of a treaty year that it is denouncing the Treaty.

IN WITNESS WHEREOF the plenipotentiaries of the two Contracting States have signed this Treaty and affixed their seals thereto.

DONE at Vienna on 16 December 1954 in two originals in the German and Serbo-Croatian languages, both texts being equally authentic.

For the Republic  
of Austria:

Dr. LUDWIG VIKTOR HELLER

Dr. STEPHAN VEROSTA

For the People's Federal Republic  
of Yugoslavia:

Dr. MILAN BARTOŠ

FEODOR BAZALA

## FINAL PROTOCOL

In connection with the signing of the Treaty between the Republic of Austria and the Federal People's Republic of Yugoslavia on reciprocal legal relations, concluded today, the following points have been agreed upon:

(1) "Courts" for the purposes of this Treaty shall also include the commercial courts in the Federal People's Republic of Yugoslavia.

(2) "Language of the requested court" for the purposes of this Treaty shall mean for the entire territory of the Federal People's Republic of Yugoslavia the Serbo-Croat, Slovenian or Macedonian languages and for the territory of the Republic of Austria the German language.

(3) In the Republic of Austria, public civil registration documents may also be documents issued by the competent denominational organs of the legally recognized churches and religious associations recording civil status changes that occurred prior to 1 January 1939.

In the Federal People's Republic of Yugoslavia, public civil registration documents may also be extracts issued by organs of religious communities before 9 May 1946 from their registers, which were kept, in accordance with regulations prior to that date, in areas where no State registers existed.

The two Contracting States shall exchange lists of the above-mentioned churches and religious associations in the Republic of Austria and religious communities in the Federal People's Republic of Yugoslavia within three months from the date of the entry into force of this Treaty.

DONE at Vienna on 16 December 1954 in two originals in the German and Serbo-Croatian languages, both texts being equally authentic.

For the Republic  
of Austria:

DR. LUDWIG VIKTOR HELLER

DR. STEPHAN VEROSTA

For the People's Federal Republic  
of Yugoslavia:

DR. MILAN BARTOŠ

FEODOR BAZALA

---

[TRADUCTION — TRANSLATION]

TRAITÉ<sup>1</sup> RELATIF AUX RAPPORTS MUTUELS LÉGAUX ENTRE  
LA RÉPUBLIQUE D'AUTRICHE ET LA RÉPUBLIQUE POPU-  
LAIRE FÉDÉRATIVE DE YOUGOSLAVIE

La République d'Autriche et la République populaire fédérative de Yougoslavie  
sont convenues de ce qui suit afin de régler leurs rapports mutuels légaux :

TITRE I

PROTECTION JURIDIQUE, REMISE ET AIDE JURIDIQUE  
EN MATIÈRE CIVILE

*Article premier*

PROTECTION JURIDIQUE

Les ressortissants de chaque Etat contractant ont libre accès aux tribunaux sur  
le territoire de l'autre Etat contractant et peuvent ester devant eux dans les mêmes  
conditions que les ressortissants de cet autre Etat.

*Article 2*

1. Le versement d'une garantie de paiement des frais de procédure ou d'une  
avance correspondant aux frais judiciaires ne peut être demandé aux ressortissants  
de l'un ou l'autre Etat contractant qui ont leur résidence ou leur établissement sur  
le territoire de l'un des Etats contractants et comparaissent devant les tribunaux de  
l'autre en qualité de plaignants ou d'intervenants.

2. Il ne peut être demandé aux ressortissants de l'autre Etat contractant  
d'avancer les montants à la charge de l'autre partie que dans des conditions et dans  
une mesure identiques à celles qui s'appliquent aux ressortissants de l'Etat contrac-  
tant considéré.

*Article 3*

1. Les décisions valides et exécutoires des autorités judiciaires de chaque Etat  
contractant qui obligeraient les plaignants ou les intervenants, conformément à la  
législation en vigueur de l'Etat du tribunal, à rembourser les frais de procédure ou  
les frais de justice sont exécutoires sur demande sur le territoire de l'autre Etat  
contractant. Le remboursement des frais de procédure doit être demandé par la  
partie gagnante et celui des frais de justice par l'Etat, soit directement au tribunal  
compétent, soit par les voies prévues pour le dépôt des demandes d'aide juridique.

<sup>1</sup> Entré en vigueur le 12 décembre 1955, soit 30 jours après l'échange des instruments de ratification, qui a eu lieu à  
Belgrade le 12 novembre 1955, conformément au paragraphe 1 de l'article 49.

2. Doivent être jointes à la demande une expédition du prononcé de la décision comportant une attestation qu'elle a force de droit et est exécutoire ainsi qu'une traduction dans la langue du tribunal auquel la demande est soumise ou transmise. L'exactitude de la traduction doit être certifiée par un traducteur juré de l'un des deux Etats contractants; il n'est pas nécessaire que la signature du traducteur soit authentifiée.

3. Les décisions des autorités judiciaires de l'autre Etat contractant visées au paragraphe 1 du présent article sont exécutoires au même titre que les décisions des tribunaux nationaux à ceci près que les parties ne sont pas entendues au préalable et que les moyens de recours doivent leur être conservés.

#### *Article 4*

Les ressortissants de chaque Etat contractant bénéficient devant les tribunaux de l'autre des avantages liés aux revenus et à la fortune dans les mêmes conditions et dans la même mesure que les ressortissants de cet autre Etat contractant.

#### *Article 5*

1. L'attestation nécessaire pour bénéficier des avantages visés à l'article 4 du présent Traité est établie par les autorités du lieu de résidence habituel du demandeur sur le territoire de l'un des deux Etats contractants.

2. Si le demandeur n'a son lieu de résidence habituelle ni dans l'un ni dans l'autre Etat contractant, il lui suffit de produire l'attestation de la représentation diplomatique ou consulaire de l'Etat dont il est ressortissant qui est compétente pour le lieu de sa résidence habituelle.

#### *Article 6*

1. Les autorités compétentes pour établir l'attestation visée au paragraphe 1 de l'article 5 du présent Traité peuvent demander des renseignements sur le revenu ou la fortune du requérant aux autorités de l'autre Etat contractant.

2. Dans les limites de sa compétence, le tribunal qui décide de la demande d'avantages visée à l'article 4 du présent Traité conserve le droit de soumettre les attestations et renseignements qui lui sont fournis à une vérification.

#### *Article 7*

### DISPOSITIONS COMMUNES RELATIVES À LA REMISE ET À L'ENTRAIDE JUDICIAIRE

1. Sur demande, dans les procédures civiles et dans les procédures non pénales, y compris dans les affaires concernant le droit de la famille, la tutelle et les obligations alimentaires, les Etats contractants s'engagent à effectuer les remises et à se prêter mutuellement une entraide judiciaire; il en est de même dans les cas où des autorités administratives sont compétentes.

2. Dans les dispositions ci-après du présent titre du Traité, on entend par tribunaux aussi les autorités administratives, pour autant qu'elles sont compétentes dans les cas visés au paragraphe 1 du présent article.

#### *Article 8*

Les tribunaux autrichiens et les tribunaux yougoslaves communiquent entre eux d'une part par l'intermédiaire du Ministère fédéral de la justice de la République d'Autriche d'une part et d'autre part par celui du Secrétariat à l'administration judiciaire des Républiques populaires de Serbie, de Croatie, de Slovénie, de Bosnie-Herzégovine, de Macédoine et du Monténégro, à moins qu'il n'en soit disposé autrement dans la suite du présent Traité (paragraphe 2 de l'article 17).

#### *Article 9*

1. Les demandes de remise et d'entraide judiciaire doivent être rédigées en allemand, serbo-croate, slovène ou macédonien. Elles doivent porter le sceau officiel de l'autorité requérante et n'ont pas besoin d'être authentifiées.

2. Les documents et les autres pièces qui doivent être établis en réponse aux demandes visées au paragraphe 1 du présent article doivent l'être dans l'une des langues énumérées au paragraphe 1 du présent article.

#### *Article 10*

La demande doit indiquer son objet et l'identité des intéressés en précisant leur nom, leur profession et leur lieu de résidence ou de séjour. Les demandes de remise doivent en outre préciser l'adresse du destinataire ainsi que la nature de la pièce à remettre, les demandes d'entraide judiciaire doivent indiquer les circonstances au sujet desquelles des preuves doivent être réunies et, en tout état de cause, aussi les questions à poser aux personnes qui doivent être interrogées.

#### *Article 11*

La demande est exécutée conformément à la législation de l'Etat requis. L'exécution doit cependant correspondre à la demande du tribunal requérant de procéder selon une forme particulière pour autant que cette forme n'est pas contraire aux principes législatifs de l'Etat requis.

#### *Article 12*

1. Le tribunal requis, s'il n'est pas compétent, transmet la demande au tribunal compétent.

2. L'exécution de la demande ne peut être refusée que si l'Etat requis estime que l'exécution menacerait sa souveraineté ou sa sécurité ou serait contraire à ses principes législatifs.



*Article 13*

Dans tous les cas où la demande n'est pas exécutée, le tribunal requérant doit en être informé immédiatement; si la demande est transmise à un autre tribunal, celui-ci doit être indiqué et, si la demande est refusée, le refus doit être motivé.

*Article 14*

## REMISE

1. Les pièces à remettre doivent être rédigées dans la langue du tribunal requis ou être accompagnées d'une traduction dans cette langue. La traduction doit être établie officiellement ou l'être par un traducteur juré dans l'un des deux Etats contractants; il n'est pas nécessaire que la signature du traducteur soit authentifiée.

2. Si la pièce n'est pas établie dans la langue du tribunal requis ou n'est pas non plus accompagnée d'une traduction dans cette langue (paragraphe 1), le tribunal requis se contente d'effectuer sa remise en la donnant au destinataire, si celui-ci l'accepte.

*Article 15*

La preuve de la remise est fournie soit par un récépissé portant la date, la signature de l'agent qui l'a effectuée et celle du destinataire, ainsi que le sceau du tribunal, soit par une attestation établie par le tribunal requis d'où il ressort que la remise a été effectuée et qui indique sous quelle forme et à quelle date.

*Article 16*

Les tribunaux de chacun des Etats contractants peuvent faire remettre des pièces, par leurs représentations diplomatiques ou consulaires sur le territoire de l'autre Etat contractant, à des personnes qui ne sont ressortissants ni de l'Etat requis ni d'un Etat tiers. En pareil cas, il ne doit y avoir ni contrainte, ni menace de contrainte.

*Article 17*

## ENTRAIDE JUDICIAIRE

1. Les tribunaux requis répondent à la demande d'entraide et, pour cela, au besoin, emploient les mêmes moyens de contrainte que ceux qu'ils appliqueraient pour répondre aux demandes d'entraide des tribunaux de leur propre Etat. Aucun moyen de contrainte n'est employé dans les cas de comparution en personne de parties à un différend.

2. Le tribunal requérant, à sa demande, est informé suffisamment à temps de la date et du lieu de l'action qui fait l'objet de la demande d'entraide; cette information lui est communiquée immédiatement par voie postale.

*Article 18*

## FRAIS DE LA REMISE ET DE L'ENTRAIDE JUDICIAIRE

1. L'Etat requis ne demande aucun droit ni remboursement de frais au titre de l'accomplissement de la remise ou de l'octroi de l'entraide. Les frais d'experts font seuls exception à cette règle.

2. L'exécution d'une expertise ne peut être subordonnée au dépôt d'une avance auprès du tribunal requis que si les honoraires de l'expert sont à la charge d'une partie.

## TITRE II

## POURSUITES PÉNALES

*Article 19*

## REMISE ET ENTRAIDE JUDICIAIRE

Les Etats contractants s'engagent à effectuer des remises et se prêter mutuellement une aide judiciaire, sur demande, en matière pénale.

*Article 20*

Aucune remise n'est effectuée et aucune entraide judiciaire n'est accordée si l'acte qui donne lieu à la procédure n'est pas punissable par les tribunaux de l'Etat requis ou est un acte punissable d'ordre politique, purement militaire ou fiscal selon la législation de l'Etat requis.

*Article 21*

L'exécution de la remise et l'octroi de l'entraide judiciaire peut être refusé

1. Si l'Etat requis considère que l'exécution de la remise serait de nature à menacer sa souveraineté ou sa sécurité ou que l'octroi de l'entraide serait contraire à ses principes législatifs.

2. Si l'accusé est ressortissant de l'Etat requis et ne se trouve pas sur le territoire de l'Etat requérant.

*Article 22*

L'entraide judiciaire s'étend en particulier à l'accomplissement d'enquêtes judiciaires et d'actes d'instruction consistant, par exemple, pour l'organe requis, à recueillir les dépositions d'accusés, de témoins et d'experts, à effectuer des reconstitutions judiciaires et des perquisitions, à saisir des pièces et à transmettre des dossiers et des pièces qui sont liés à des procédures pénales. Ces dossiers et pièces ne sont toutefois transmis que s'ils se trouvent en la possession des autorités de l'Etat requis et qu'aucune raison particulière ne s'y oppose; ils sont restitués dès que possible.

### Article 23

1. Quelle que soit leur nationalité, les personnes qui, sur le territoire de l'un des Etats contractants, reçoivent une convocation dans une procédure judiciaire pénale ou civile et, en conséquence, se présentent librement en qualité de témoins ou d'experts devant les tribunaux de l'autre Etat, contractant ne peuvent pas être poursuivies ni appréhendées sur le territoire de celui-ci en raison d'une infraction ou d'une condamnation antérieure ou en tant que complices de l'infraction qui fait l'objet de la procédure. Les autorités administratives considèrent ces infractions ou condamnations comme s'il s'agissait d'infractions ayant déjà fait l'objet de poursuites ou d'une condamnation de leur part.

2. Les personnes visées au paragraphe 1 du présent article perdent cependant le bénéfice de ce traitement si elles ne quittent pas, bien que le pouvant, le territoire de l'Etat devant les tribunaux desquels elles comparaissent dans les cinq jours qui suivent la date à partir de laquelle leur présence n'est plus nécessaire.

3. La demande de remise de la convocation indique le montant accordé pour le paiement des frais de voyage et de séjour. A sa demande, la personne convoquée reçoit de l'Etat requérant une avance de ses frais de voyage et de séjour.

### Article 24

1. Le Ministère fédéral de la justice de la République d'Autriche et le Secrétariat d'Etat aux affaires étrangères de la République populaire fédérative de Yougoslavie peuvent être requis de remettre temporairement des personnes dont la comparution en qualité de témoins devant les tribunaux de l'un des Etats contractants est nécessaire et qui sont détenues sur le territoire de l'autre Etat contractant.

2. Il est fait droit à cette demande si le détenu y consent et que rien de particulier ne s'y oppose. Le détenu est renvoyé dès que possible. Les dispositions du paragraphe 1 de l'article 23 du présent Traité s'appliquent *mutatis mutandis*.

### Article 25

Les dispositions des articles 8 à 11, du paragraphe 1 de l'article 12, des articles 13 à 15 et du paragraphe 1 de l'article 17 s'appliquent *mutatis mutandis* à l'exécution des remises et à l'octroi de l'entraide judiciaire en matière pénale.

### Article 26

#### COMMUNICATION D'EXTRAITS DE CASIER JUDICIAIRE

1. Chaque contractant communique tous les trimestres à l'autre par la voie diplomatique, les extraits de casier judiciaire relatifs aux condamnations exécutoires qui concernent des ressortissants de cet autre Etat contractant et qui sont inscrites au casier judiciaire conformément à la législation en vigueur.

2. De même, les Etats contractants s'informent mutuellement des autres décisions et dispositions découlant de ces condamnations et les inscrivent à leur casier judiciaire.

3. En outre, dans des cas particuliers, les Etats contractants se communiquent sur demande des extraits des condamnations visées au paragraphe 1 du présent article.

#### *Article 27*

Chaque Etat contractant communique sur demande à l'autre, par la voie diplomatique, des renseignements sur les inscriptions au casier judiciaire

1. Des ressortissants de l'Etat requérant;
2. D'autres personnes qui font l'objet de poursuites pénales sur le territoire de l'Etat requérant et s'y trouvent.

#### *Article 28*

##### FRAIS

1. Les frais résultant de l'exécution des remises de l'octroi d'une entraide judiciaire en matière pénale ainsi que de la communication de renseignements sont à la charge de l'Etat contractant sur le territoire duquel ils ont été encourus.

2. Les montants avancés à la suite d'une demande d'expertise ou d'une remise temporaire de personne détenue sur le territoire de l'Etat requis sont cependant remboursés par l'Etat requérant.

### TITRE III

#### SUCCESSIONS

#### *Article 29*

1. Les ressortissants de l'un des Etats contractants peuvent, par testament ou donation au moment de leur décès disposer de la totalité de ce qu'ils possèdent sur le territoire de l'autre Etat contractant, conformément au droit de leur pays d'origine ou au droit de l'autre Etat contractant.

2. En raison de l'ordre légal de succession, de la réserve de dispositions testamentaires ou de donations au moment du décès, les ressortissants de chaque Etat contractant peuvent acquérir des biens sur le territoire de l'autre Etat contractant dans les mêmes conditions et dans la même mesure que les ressortissants de cet autre Etat.

#### *Article 30*

Les tribunaux de l'Etat contractant sur le territoire duquel se trouvent les biens successoraux immobiliers sont compétents pour régler la succession de ces biens et prendre des décisions à leur sujet en cas de contestation relative à l'héritage, aux parts réservées et aux legs.

### Article 31

1. Sauf disposition contraire énoncée dans la suite du présent Traité, les tribunaux de l'Etat du défunt ont compétence pour régler les différends successoraux concernant l'héritage, les parts réservées et les legs des biens successoraux mobiliers de leurs ressortissants. La compétence des tribunaux de l'autre Etat contractant n'est cependant pas exclue dans les cas où l'exécution visée au paragraphe 2 du présent article n'est plus possible.

2. Les Etats contractants reconnaissent et appliquent les dispositions et les décisions prises par les tribunaux de l'Etat d'origine du défunt concernant la succession, les droits d'héritage, la réserve et les legs dans la mesure où elles s'appliquent à la succession immobilière, sur leur territoire, d'un ressortissant de l'autre Etat contractant, à condition :

1) Que les dispositions ci-après n'aient pas d'autre effet.

2) Qu'il n'en résulte pas de violation des principes législatifs de l'Etat où se trouve la succession.

3. Les dispositions du paragraphe 2 de l'article 3 du présent Traité s'appliquent *mutatis mutandis* aux pièces qui doivent être jointes aux demandes d'exécution (paragraphe 2); en matière pénale, une expédition de la décision doit cependant être jointe en même temps qu'un exposé des motifs de la décision.

4. Aux fins du règlement visé au paragraphe 1 du présent article, les tribunaux des Etats contractants remettent les éléments mobiliers de la succession aux autorités du pays d'origine du défunt à moins

1) De dispositions contraires énoncées dans la suite du présent Traité;

2) D'interdictions d'exportation ou de dispositions contraires du contrôle des changes.

### Article 32

Les tribunaux de l'Etat contractant sur le territoire duquel un ressortissant de l'autre Etat contractant est décédé transmettent une copie certifiée conforme du certificat de décès aux autorités consulaires de l'Etat d'origine du défunt.

### Article 33

1. Si le patrimoine mobilier d'un ressortissant de l'un des Etats contractants se trouve sur le territoire de l'autre Etat, le tribunal ou l'autorité autrement compétente, sur demande ou d'office, prend les dispositions nécessaires pour le mettre en sûreté ou le gérer de manière appropriée, éviter qu'il ne perde de la valeur ou que ne se produise tout autre inconvénient qui est à craindre. En particulier, en pareil cas, il établit un état de tous les patrimoines mobiliers, qui se trouvent sur son territoire, selon les circonstances, les placent sous scellés, ordonne qu'il soit placé en lieu sûr ou désigne une personne digne de confiance comme conservateur de la succession.

2. Les dispositions visées au paragraphe 1 du présent article sont prises par le tribunal ou les autorités conformément à leur législation nationale en vigueur. A la demande de l'autre Etat contractant, elles le sont cependant sous forme particulière pour autant que celle-ci n'est pas contraire aux principes du droit de l'Etat requis.

3. Si l'Etat d'origine du défunt a une représentation consulaire à l'endroit où se trouve le bien successoral mobilier, les dispositions visées au paragraphe 1 du présent article ne sont prises que si les autorités consulaires en sont informées en temps utile; ces autorités consulaires peuvent participer aux procédures administratives et présenter des demandes.

4. Dans les autres cas, les autorités consulaires sont informées sans retard de toutes les mesures prises pour mettre les biens successoraux en sûreté et les administrer. Ces dispositions peuvent être modifiées ou levées à la demande des autorités consulaires sans préjudice des droits de tiers.

#### *Article 34*

1. A la demande des héritiers, des héritiers réservataires ou des légataires qui sont ressortissants de l'Etat contractant sur le territoire duquel se trouvent les biens successoraux, ou bien où eux-mêmes séjournent, le tribunal peut retenir la totalité ou une partie suffisante des biens successoraux jusqu'à ce que les droits à héritage, à héritage réservataire ou à legs aient fait l'objet d'une décision exécutoire du tribunal compétent de l'Etat d'origine du défunt.

2. Le tribunal peut prendre les mêmes dispositions à la demande de créanciers qui sont ressortissants de l'Etat contractant sur le territoire duquel se trouvent les biens successoraux ou qui séjournent sur leur territoire dans la mesure où ils ont fait connaître leurs prétentions et, le cas échéant, les ont fait valoir.

#### *Article 35*

1. Aux fins du dépôt des demandes visées à l'article 34 du présent Traité, il convient de définir par ordonnance un délai de trois à six mois pendant lequel les personnes susvisées peuvent faire connaître et, au besoin, peuvent faire valoir leurs droits. Si ces personnes ne font ni connaître ni valoir leurs droits, le règlement de la succession mobilière ne peut pas être refusé sur la base des dispositions de l'article 34.

2. Une expédition de l'ordonnance est envoyée aux autorités consulaires de l'Etat d'origine du défunt.

#### *Article 36*

1. Si les héritiers ou les héritiers privilégiés de personnes décédées ressortissantes de l'un des Etats contractants et ayant résidé en dernier sur le territoire de l'autre Etat contractant, qui eux-mêmes résident sur le territoire de cet autre Etat, peuvent demander dans les délais visés au paragraphe 1 de l'article 35 du présent Traité qu'un tribunal dudit Etat règle la succession aux biens mobiliers se trouvant sur le territoire de celui-ci. Il est donné suite à la demande si aucun héritier ou

héritier privilégié ni aucun légataire ne fait opposition dans un délai d'un à trois mois qui doit être déterminé par le tribunal. En pareil cas, les tribunaux de cet Etat sont aussi compétents pour décider des contestations relatives à l'héritage, aux parts réservées et aux legs.

2. Si le règlement de la succession mobilière, conformément aux dispositions du paragraphe 1 du présent article, est de la compétence des tribunaux de l'état sur le territoire duquel elle se trouve, les dispositions en matière successorale de l'Etat d'origine du défunt s'appliquent aussi bien au règlement qu'aux décisions en cas de contestation relative au droit successoral, aux parts réservées et aux legs.

#### *Article 37*

1. Si des ressortissants de l'un des Etats contractants trouvent la mort pendant qu'ils voyagent sur le territoire de l'autre Etat alors qu'ils n'y résidaient pas et n'y séjournaient pas habituellement, les articles importés par eux sont remis sans autre formalité aux autorités consulaires de l'Etat dont ils étaient ressortissants.

2. Les autorités consulaires auxquelles ces articles sont remis en disposent conformément à la législation de leur Etat après avoir réglé les dettes contractées par le défunt pendant son séjour sur le territoire de l'autre Etat.

#### *Article 38*

Dans les affaires, contentieuses ou non, en matière de succession sur le territoire de l'un des Etats contractants, les autorités consulaires de l'autre Etat ont le droit de représenter leurs ressortissants qui sont absents et n'ont désigné aucun autre représentant; les dispositions du présent article ne modifient en rien la législation interne relative à l'obligation de se faire représenter par un conseil.

#### *Article 39*

La définition des biens mobiliers est déterminée par la législation de l'Etat sur le territoire duquel ils se trouvent.

#### *Article 40*

1. Tant que n'existe pas, entre les deux Etats contractants, d'accord tendant à éviter la double imposition sur les successions, chacun des Etats contractants conserve le droit de percevoir tous les droits successoraux prévus par sa législation avant de remettre la masse successorale mobilière aux autorités de l'autre Etat contractant.

2. Les dispositions du présent article ne modifient en rien la législation des Etats contractants relative aux mesures conservatoires et à la perception des droits successoraux.

## TITRE IV

## AUTHENTIFICATION ET PIÈCES

*Article 41*

## AUTHENTIFICATION

Les pièces officielles établies ou reçues par les tribunaux, les autorités ou les notaires de l'un des Etats contractants sont recevables par les tribunaux et les autorités de l'autre Etat contractant sans authentification à condition de porter le sceau ou le timbre officiel.

*Article 42*

Les pièces établies sous seing privé et authentifiées par un tribunal, une autorité compétente ou un notaire de l'un des Etats contractants sont recevables par les tribunaux et les autorités de l'autre Etat contractant sans autre authentification.

*Article 43*

## ECHANGE D'EXTRAITS DE REGISTRE D'ÉTAT CIVIL

1. Les deux Etats contractants échangent entre eux les extraits des registres d'état civil sans droit et sans frais.
2. Les pièces d'état civil établi par les autorités de l'un des Etats contractants au sujet de la naissance, du mariage ou du décès de ressortissants de l'autre Etat contractant sont remis aux autorités consulaires de l'Etat d'origine.
3. Les actes de décès sont remplis le plus tôt possible et les autres le sont tous les trimestres.

*Article 44*

## ETABLISSEMENT DE PIÈCES D'ÉTAT CIVIL

1. Les deux Etats contractants s'engagent à établir à l'intention de l'autre et à remettre à l'autre les pièces d'état civil sans droit et sans frais si la demande d'établissement ou de remise est d'un intérêt public suffisamment défini.
2. Les demandes d'établissement ou de remise sont adressées aux autorités compétentes par la voie diplomatique ou consulaire.
3. Les demandes d'établissement ou de remise de pièces d'état civil ne préjugent en rien de la nationalité.



*Article 45*

Par pièces d'état civil au sens de l'article 44 du présent Traité, on entend les extraits d'acte de naissance, les certificats d'enregistrement de la naissance d'enfants mort-nés, les certificats de mariage et les certificats de décès.

*Article 46*

## CERTIFICATS AU MARIAGE

Dans leurs relations entre eux, les deux Etats contractants n'ont pas besoin de désigner à l'autre celles de leurs autorités qui sont compétentes pour établir des certificats de capacité au mariage.

## TITRE V

## INFORMATION CONCERNANT LA LÉGISLATION

*Article 47*

Le Cabinet du Chancelier fédéral chargé des affaires étrangères de la République d'Autriche et le Secrétariat d'Etat aux affaires étrangères de la République populaire fédérative de Yougoslavie communiquent chacun à l'autre, sur demande, les textes législatifs qui sont ou ont été applicables sur leur territoire et, le cas échéant, des renseignements sur certains points de droit.

## TITRE VI

## DISPOSITIONS FINALES

*Article 48*

Le présent Traité est soumis à ratification. Les instruments de ratification seront échangés à Belgrade.

*Article 49*

1. Le présent Traité entrera en vigueur 30 jours après l'échange des instruments de ratification.
2. Le présent Traité est conclu pour une durée de 5 ans et restera en vigueur tant que l'un des Etats contractants n'en aura pas notifié la dénonciation à l'autre six mois avant la fin de l'année en cours.

EN FOI DE QUOI, les plénipotentiaires des deux Etats contractants ont signé le présent Traité et y ont apposé leur sceau.

FAIT à Vienne, le 16 décembre 1954, en deux exemplaires originaux, chacun en langues allemande et serbo-croate, les deux textes faisant également foi.

Pour la République  
d'Autriche :

LUDWIG VIKTOR HELLER

STEPHAN VEROSTA

Pour la République populaire fédérative  
de Yougoslavie :

MILAN BARTOŠ

FEODOR BAZALA

## PROTCOLE FINAL

Lors de la conclusion, ce jour, du Traité relatif aux rapports mutuels légaux entre la République d'Autriche et la République populaire fédérative de Yougoslavie, il est convenu des points suivants :

a) Le mot « tribunaux » au sens du présent Traité s'entend aussi des tribunaux économiques existant en République populaire fédérative de Yougoslavie;

b) Les mots « langue du tribunal requis » au sens du présent Traité s'entendent, sur tout le territoire de la République populaire fédérative de Yougoslavie, du serbo-croate, du slovène ou du macédonien et, sur le territoire de la République d'Autriche, de l'allemand;

c) En République d'Autriche, font partie aussi des documents officiels d'état civil les extraits de registres d'actes d'état civil antérieurs au 1<sup>er</sup> janvier 1939 établis par les organes confessionnels compétents des Eglises et des associations religieuses. En République populaire fédérative de Yougoslavie font partie aussi des documents officiels d'état civil les extraits établis avant le 9 mai 1946 par les autorités des communautés religieuses à partir des registres qu'elles tenaient conformément à des règlements précédents dans les régions où il n'y avait pas de registres de l'Etat.

Les deux Etats contractants échangeront des listes des Eglises et des associations religieuses susmentionnées en République d'Autriche et des communautés religieuses en République populaire fédérative de Yougoslavie dans les trois mois qui suivront la date d'entrée en vigueur du Traité.

FAIT À VIENNE, le 16 décembre 1954, en deux exemplaires originaux, chacun en langues allemande et serbo-croate, les deux textes faisant également foi.

Pour la République  
d'Autriche :

LUDWIG VIKTOR HELLER

STEPHAN VEROSTA

Pour la République populaire  
de Yougoslavie :

MILAN BARTOŠ

FEODOR BAZALA

---

---

PARTIAL TERMINATION (*NOTE BY THE SECRETARIAT*)

---

The Government of Austria registered on 27 November 1995 the Treaty between the Republic of Austria and the Social Federal Republic of Yugoslavia on legal assistance in criminal matters signed at Belgrade on 1 February 1982.<sup>1</sup>

The said Treaty, which came into force on 1 January 1984, provides, in its article 30, for the termination of articles 19 to 22, 23, 24 to 28 and 47 of the Treaty of 16 December 1954 between the Republic of Austria and the Federal People's Republic of Yugoslavia on reciprocal legal relations.<sup>2</sup>

(27 November 1995)

---

---

<sup>1</sup> United Nations, *Treaty Series*, vol. 1897, No. I-32351.

<sup>2</sup> See p. 129 of this volume.

---

ABROGATION PARTIELLE (*NOTE DU SECRÉTARIAT*)

---

Le Gouvernement autrichien a enregistré le 27 novembre 1995 le Traité entre la République d'Autriche et la République fédérative socialiste de Yougoslavie relatif à l'assistance judiciaire en matière pénale signé à Belgrade le 1<sup>er</sup> février 1982<sup>1</sup>.

Ledit Traité, qui est entré en vigueur le 1<sup>er</sup> janvier 1984, stipule, à son article 30, l'abrogation des articles 19 à 22, 23, 24 à 28 et 47 du Traité du 16 décembre 1954 entre la République d'Autriche et la République populaire fédérative de Yougoslavie relatif aux rapports mutuels légaux<sup>2</sup>.

(27 novembre 1995)

---

---

<sup>1</sup> Nations Unies, *Recueil des Traités*, vol. 1897, n° I-32351.

<sup>2</sup> Voir p. 129 du présent volume.